

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Die Schätzung der NAIRU in einer
korporatistischen Wirtschaft**

Wolfgang Pollan

August 2005

Die Schätzung der NAIRU in einer korporatistischen Wirtschaft

Wolfgang Pollan

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank

Revidierte Fassung der Studie vom Juni 2001

Wissenschaftliche Assistenz: Annamaria Rammel

August 2005

Die Schätzung der NAIRU in einer korporatistischen Wirtschaft

Wolfgang Pollan

Inhaltsverzeichnis	Seiten
Problemstellung	1
<i>Gliederung der Studie</i>	2
Empirische Ergebnisse zur NAIRU	4
<i>Ein erster Überblick</i>	4
Rohstoffpreise und Dollarkurs	5
Eine vorläufige Interpretation der Residuen	6
Rohstoffpreise: Auf Schilling- oder auf Dollarbasis?	7
Gleichzeitige und verzögerte Arbeitslosenrate	8
Österreichs Beitritt zur EU und der Koeffizient der Arbeitslosenrate	9
Verbraucherpreise ohne Energiepreise	10
<i>Beschleunigung der Inflation</i>	10
Erwartungen in der Lohngleichung	10
Zur Berechnung der NAIRU: Ein erster Schritt	11
Phillips-Kurven mit verzögerten Inflationsraten	11
Die Schätzung von NAIRU-Gleichungen	12
Inflationsprognosen als Erwartungsvariable	14
Methodische Überlegungen	15
<i>Die NAIRU – ein Gleichgewichtsansatz</i>	15
<i>Wie wichtig sind Institutionen des Arbeitsmarktes?</i>	16
Ein Paradoxon	17
Wirtschaftspolitiker als Akteure auf dem Arbeitsmarkt	17
<i>Wirtschaftspolitische Eingriffe</i>	18
Die Lohnpolitik	19
Übersichten 1 bis 6: Lohngleichungen	31
<i>Andere wirtschaftspolitische Eingriffe</i>	40
Preispolitik	40
Direkte Eingriffe in den Arbeitsmarkt	42
Die Steuerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte	43
Literaturhinweise	44

Problemstellung

Die hohe Arbeitslosigkeit in den europäischen OECD-Ländern bleibt eines der Rätsel für die empirische Makroökonomie. Zwar scheint sich in den letzten Jahren in einigen Ländern ein leichter Abwärtstrend einzustellen, das hohe Niveau bleibt allerdings bestehen.

In den sechziger und siebziger Jahren bot das Konstrukt der Phillips-Kurve eine Plattform für eine Debatte der Arbeitsmarktprobleme. Dieses Konzept, das auch in makroökonomischen Modellen Eingang fand, schien die Möglichkeit der Wahl zwischen verschiedenen Kombinationen von Arbeitslosigkeit und Inflation zu bieten. Innerhalb dieses Ansatzes war der stetige Anstieg der Arbeitslosenrate in den siebziger Jahren unerwartet und unerklärlich.

Auf der theoretischen Ebene trat eine Wende jedoch bereits mit der Presidential Address von *Friedman* (1968) und mit dem Beitrag von *Phelps* (1968) ein, die das Konzept einer natürlichen Arbeitslosenrate in die Literatur einführten, mit der Absicht, die realen von den nominellen Determinanten der Arbeitslosenrate zu unterscheiden. Das Konzept der NAIRU ist eng mit der Hypothese der natürlichen Arbeitslosigkeit verbunden.

Danach schließt die natürliche Arbeitslosenrate sowohl die friktionelle als auch die strukturelle Arbeitslosenrate ein, wobei beide ausschließlich von realen Faktoren abhängen. Friktionelle Arbeitslosigkeit ist Ausdruck eines Informationsproblems und hängt von Faktoren wie der Höhe der Arbeitslosenunterstützung und den Kosten der Arbeitsplatzsuche ab. Strukturelle Arbeitslosigkeit wird von Faktoren wie der Höhe von Mindestlöhnen, dem Ausmaß gewerkschaftlicher Macht und der Ausbildung der Arbeitskräfte bestimmt.

Die Bestimmungsgründe der friktionellen und strukturellen Arbeitslosigkeit ändern sich über die Zeit hinweg; daher ist die natürliche Arbeitslosigkeit nicht notwendigerweise konstant, sondern einem Wandel unterworfen. Dies stellt freilich auch die empirische Forschung vor eine große Herausforderung.

Die zyklische Arbeitslosigkeit ist jenes Maß, um das sich die gemessene Arbeitslosigkeit von der natürlichen Arbeitslosigkeit unterscheidet. Die Hypothese der natürlichen Arbeitslosenrate lautet nun, dass nominelle Einflüsse, besonders das Geldwachstum, zwar die zyklische Arbeitslosigkeit aber nicht die Reibungs- und die Strukturarbeitslosigkeit verändern können.

Aus der Vorstellung, dass die natürliche Rate der Arbeitslosigkeit von realen Faktoren bestimmt wird, während nominelle Einflüsse nur vorübergehende Abweichungen bewirken können, lassen sich zumindest zwei wichtige Implikationen ableiten. Erstens, jeder Versuch der Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit permanent unter die natürliche Rate zu drücken, muss fehlschlagen, wird aber die Inflationsrate ständig anheben. Zweitens, langfristig gesehen kann eine Volkswirtschaft, welche die natürliche Arbeitslosenrate aufweist, mit jeder stabilen Inflationsrate operieren; daher wird die natürliche Rate auch oft die non-accelerating-inflation rate

of unemployment (NAIRU) genannt. Eine Rate von Null Inflation oder Preisstabilität ist daher laut dieser Hypothese durchaus mit Vollbeschäftigung vereinbar.

Die NAIRU Hypothese ist seit etwa zwei Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil der makroökonomischen Theorie und Empirie. Dies gilt besonders für die Vereinigten Staaten, wo die NAIRU auch Gegenstand der wirtschaftspolitischen Diskussion geworden ist. Diese Stellung gründet sich auf der behaupteten Stabilität einer um die Erwartungen erweiterten Phillips-Kurve; dagegen gilt für die europäischen Wirtschaften der Befund, dass es keine stabile Phillips-Kurve mehr gäbe. Freilich ist auch in den USA die Bedeutung der NAIRU als Standard für die Wirtschaftspolitik nicht unumstritten.

In empirischen Anwendungen gibt es mehrere Ansätze. Ein Ansatz, der von *Gordon (1997)* verfolgt wird, ist im Wesentlichen agnostisch, verzichtet auf die Schätzung einer Beziehung zwischen der Arbeitslosenrate und der Lohninflation und schätzt dagegen direkt eine Beziehung zwischen der Preisinflation und der Arbeitslosenrate (und anderen Determinanten), wobei sich die Parameter mit der Zeit verändern können. Andere Anwendungen halten an der Schätzung von getrennten Preis- und Lohngleichungen fest.

Eines haben jedoch alle empirischen oder theoretischen Ansätze gemein. Gleichgültig welcher Strömung die Theoretiker und Praktiker des NAIRU-Ansatzes angehören, von allen wird betont, dass sich die Hypothese der natürlichen Arbeitslosenrate im Wesentlichen auf Phänomene des Arbeitsmarktes bezieht, wobei die Arbeitslosenrate ein Maßstab (allerdings nicht notwendigerweise der einzige) für die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist.

Dies bedeutet gemeinsam mit der Vorstellung, dass die natürliche Arbeitslosenrate die Struktur des Arbeitsmarktes (und des Gütermarktes) widerspiegelt und sich im Laufe der Zeit ändern kann, dass in einer empirischen Analyse nicht *mechanistisch* die NAIRU mit Hilfe von Zeitreihenanalysen der Lohn- und Preisinflation geschätzt werden kann, sondern dass ein wichtiger Teil der empirischen Arbeit darin besteht, die Veränderungen in der Höhe der NAIRU zu analysieren.

Gliederung der Studie

Die vorliegende Studie ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil bietet einen empirischen Einstieg in das Thema und schätzt zunächst eine Reihe von Phillips-Kurven, die eine Beziehung zwischen Preisinflation und Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung des Einflusses der Weltmarktpreise herstellen. In einem weiteren Schritt wird die Phillips-Kurve um Inflationserwartungen erweitert, wie es dem NAIRU-Ansatz entspricht. Aus diesen Gleichungen lassen sich Raten der 'natürlichen Arbeitslosigkeit' errechnen.

Der zweite Teil dieser Studie geht auf die theoretische Grundlagen des Konzeptes der natürlichen Arbeitslosenrate ein und erörtert, wie weit dieser Ansatz, der für eine Wirtschaft, die mehr oder minder marktwirtschaftlichen Prinzipien folgt, entwickelt wurde, auch auf eine Wirtschaft angewendet werden kann, deren Entwicklung von einer Vielfalt von wirtschafts-

politischen Eingriffen bestimmt ist. Diese Frage ist gerade für Österreichs Wirtschaft, die ja als Modellfall einer korporatistischen Wirtschaft gilt, bedeutsam.

Wenn nun aber die Wirtschaftspolitik, so wie dies in Österreich der Fall ist, in den Arbeitsmarkt und in den Bereich der Preis- und Lohnbildung eingreift, so muss auch das Verhalten dieser Akteure in die Analyse einbezogen werden.

Unter den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in der Analyse der 'natürlichen Arbeitslosigkeit' berücksichtigt werden müssten, ragt ein Bereich heraus: Die Einkommenspolitik oder genauer die Lohnpolitik. Dieser Politikbereich wird daher ausführlicher als andere Bereiche erörtert. Hier erhebt sich die Frage, welche Wirkung der Lohnpolitik zugeschrieben werden kann und ob sie in der Form, wie sie in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahren praktiziert wurde, auch in den folgenden Jahrzehnten weitergegolten hat.

Im Zuge der Erörterung dieser Fragen wird auch eine Reihe von Phillips-Kurven geschätzt, wobei diesmal nicht die Preisinflation sondern die Lohninflation die abhängige Variable bildet. Diese Schätzgleichungen müssen allerdings als vorläufig gelten. Solange nämlich nicht andere wirtschaftspolitische Maßnahmen – sei es als exogene, sei es als endogene Variablen – in die Analyse einbezogen werden, sind die Schätzergebnisse mit Verzerrungen unbekanntes Ausmaßes behaftet.

Weitere wirtschaftspolitische Eingriffe, die ebenso wichtig wie die Lohnpolitik sein könnten, beziehen sich auf die Preispolitik und direkte Eingriffe in den Arbeitsmarkt, die in der Regel die Form von Angebotsbeschränkungen annehmen. Unter den Arbeitsmarktmaßnahmen kommt der Ausländerpolitik besondere Bedeutung zu. Die Problematik dieser Bereiche kann im Rahmen dieser Untersuchung nur skizziert werden; eine tiefere Analyse ist weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet vorbehalten.

Bisherige Studien gingen auf die Problematik wirtschaftspolitischer Eingriffe nicht ein. Eine der ersten Arbeiten, welche die natürliche Arbeitslosenrate mit statistischen Methoden zu schätzen versuchte, ist jene von *Hahn – Rünstler (1966)*. Unter der Annahme der Stabilität von Lohn- und Preisgleichungen schätzen sie die natürliche Arbeitslosenrate als einen glatten Trend, der allerdings keine strukturelle Information (wie Eingriffe der Wirtschaftspolitik oder Strukturbrüche) einbezieht; darüber hinaus vernachlässigt dieser Ansatz die Wirkung der zwei Energieschocks, die in die Beobachtungsperiode fallen, auf die Preisentwicklung.

Die OECD (*Turner et al., 2001*) schätzt mittels Kalman-Filters eine sich über die Zeit verändernde natürliche Arbeitslosenrate auf Basis halbjähriger Daten, wobei die Summe der Koeffizienten vergangener Inflationsraten für Österreich mit Eins in der Schätzung vorgegeben wird. Obwohl die Schätzergebnisse für andere Länder korrigiert werden, um wirtschaftspolitischen Reformen Rechnung zu tragen, werden in den empirischen Ergebnissen für Österreich weder der Eintritt in die EU noch andere wirtschaftspolitische Eingriffe berücksichtigt. Diese Kritik gilt auch für die NAIRU Schätzungen, die von der EU durchgeführt wurden (*McMorrow – Roeger,*

2000), wenn auch die Steuerlast und Realzinsen als strukturelle Variablen in die Berechnungen einfließen.

Empirische Ergebnisse zur NAIRU

Die Definition der Variablen der Regressionsgleichungen

Die Inflationsraten werden als absolute Veränderung der Logarithmen der Preise (VPI oder eine Ableitung davon) dargestellt. In dieser Form befinden sich auch die Veränderungen der Rohstoffpreise. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird dagegen durch die Arbeitslosigkeit repräsentiert (Zahl der Arbeitslosen als Prozentsatz des Arbeitskräfteangebotes). Der Koeffizient der Arbeitslosenrate ist daher mit 100 zu multiplizieren, wenn ein Vergleich mit einer Inflationsgleichung, in der die Inflationsrate als Prozentveränderung dargestellt wird, hergestellt werden soll. In allen nachfolgenden Gleichungen sind daher die Koeffizienten der Arbeitslosenrate mit 100 multipliziert.

DVPI	Verbraucherpreisindex; Veränderung der Logarithmen
DVPIC	VPI, korrigiert um Auswirkungen der Anhebung der Steuersätze im Jahr 1978 (0,4 Prozentpunkte) und im Jahr 1984 (1,9 Prozentpunkte)
DP	$VPI(t) - DVPIC(t-1)$
HW	Rohstoffe laut HWWA-Index, Dollarbasis; Veränderung der Logarithmen
AHW	Rohstoffe laut HWWA-Index, Schillingbasis; Veränderung der Logarithmen
USD	Dollar-Schilling-Wechselkurs
DVOEC	VPI ohne Energie; korrigiert wie DVPIC
U	Arbeitslosenrate
ULZ	Arbeitslosenrate, ohne Langzeitarbeitslose

Ein erster Überblick

Erste Hinweise auf die Entwicklung der Inflation gewährt eine Phillips-Kurve über den Zeitraum der letzten vier Jahrzehnte, wobei die Inflationsrate mit einigen Determinanten in Beziehung gesetzt wird. In eine Standardgleichung, die dem Ansatz von Gordon (1997) entspricht, gehen die Arbeitslosenrate sowie die Rohstoffpreise laut HWWA-Index ein. Die Rohstoffpreise repräsentieren die von der Außenwirtschaft ausgehenden Einflüsse auf die Preise in Österreich.

Als erstes bemerkenswertes Resultat zeigt sich, dass die Rohstoffpreise (mit einer Verzögerung bis zu drei Jahren) nahezu drei Viertel der Varianz erklären; dieser hohe Erklärungsgrad ist umso bemerkenswerter als in einer Wirtschaft, die oft als eine bezeichnet wurde, in der die Inflationsrate im Wesentlichen von den Lohnkosten her bestimmt ist, ein so hoher Erklärungsgrad

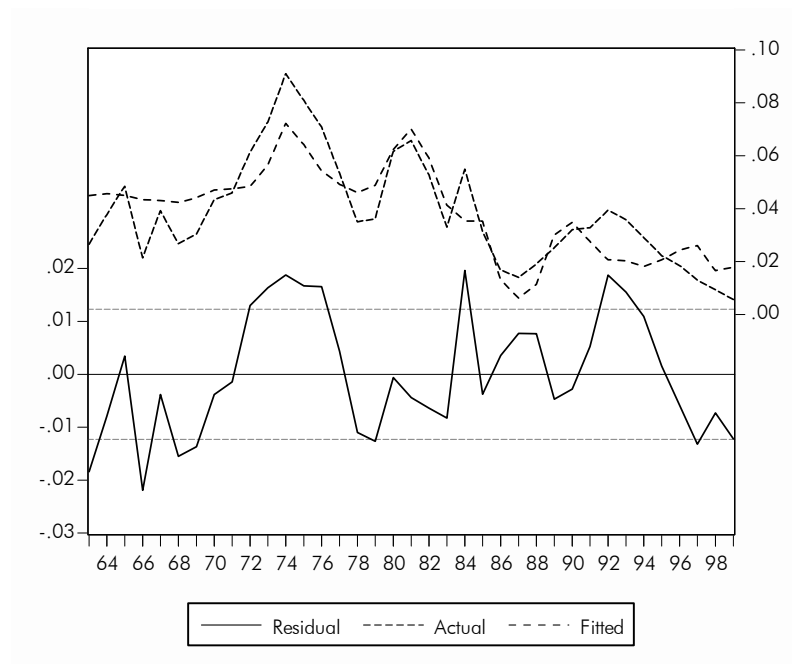
für den Preisanstieg erreicht wird. Die Entwicklung der Lohnkosten geht in diesem Ansatz ja nicht direkt als Variable in die Regressionsgleichung ein, sondern nur indirekt über die Arbeitslosenrate. Der Einfluss der Arbeitslosenrate (gleichzeitig und verzögert) ist jedoch im Großen und Ganzen sehr gering.

Gleichung 1 hat als Stützperiode die Jahre 1963-1999. Danach ist der Einfluss der Arbeitslosenrate zwar statistisch signifikant, doch eher gering: Eine Verminderung der Arbeitslosenrate um 1 Prozentpunkt erhöht die Inflation laut Verbraucherpreisindex um nur 0,6 Prozentpunkte.

Rohstoffpreise und Dollarkurs

Die Rohstoffpreise gehen auf Schilling-Basis in die Inflationsgleichung ein. Wenn sich die Rohstoffpreise auf Dollar-Basis erhöhen, ergibt sich die Belastung der heimischen Verarbeiter erst nach Umrechnung der Preise in Schilling. Wenn also die Rohstoffpreise auf Dollarbasis um 10% steigen, und sich der Dollarkurs um 5% erhöht, verteuern sich die Rohstoffe für die heimische Wirtschaft um rund 15%. In der Beziehung zwischen den Rohstoffpreisen und der Inflationsrate ist der erhebliche, und zwar lang anhaltende, Einfluss erstaunlich; die Rohstoffpreise wirken gleichzeitig und bis zu einer Verzögerung von zwei Jahren.

Abbildung 1: Residuen aus Gleichung 1



Gleichung 1:

Zeitraum: 1963-1999

$$\text{DVPI} = 0.06 + 0.031\text{AHW} + 0.030\text{AHW}(-1) + 0.015\text{AHW}(-2) - 0.56U$$

10.8	2.6	2.3	1.2	-4.5
------	-----	-----	-----	------

R² adj. = 0.65, D-W = 0.9

Eine vorläufige Interpretation der Residuen

Die Residuen aus Gleichung 1, die ja recht stark korreliert sind, lassen sich leicht in einer heuristischen Auswertung mit den einzelnen Phasen der Wirtschaftspolitik in Verbindung bringen.

Die positiven Residuen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entsprechen den hohen Lohnzuwachsrate in den Hochkonjunkturjahren, die aber anscheinend durch die Arbeitslosenrate nicht ausreichend gut abgebildet werden. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre weisen die stark negativen Residuen auf den im internationalen Vergleich sehr raschen Rückgang der Inflation hin.

- Die starke Spitze im Jahr 1984 – ein deutlicher Ausreißer – ist der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zuzuschreiben, die mit dem Ziel eingeführt wurde, angesichts der starken Passivierung der Leistungsbilanz die Konsumausgaben zu dämpfen. Diese administrative Maßnahme wurde von allen Sozialpartnern, insbesondere den Gewerkschaften, befürwortet und dürfte in der Folge zu keiner Beschleunigung der Inflation über eine Erhöhung der Lohnzuwächse geführt haben. Es empfiehlt sich also eine Ausschaltung dieses Effektes. Wenn allerdings diese Steuererhöhung nicht berücksichtigt wird, kann der scharfe Anstieg der Inflationsrate von 3,3% im Jahr 1983 auf 5,6% im Jahr 1984 und der darauf folgende Rückgang auf 3,2% beim Einsatz von Standard-Zeitreihenmethoden als ein Preiszyklus interpretiert werden.

In den meisten nachfolgenden Gleichung wird daher die Variable DVPI_C anstatt der unkorrigierten Rate der Inflation laut Verbraucherpreisindex (VPI) verwendet.

- Die positiven Residuen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre können als leicht verzögerte Reaktion auf die Boomstimmung in der österreichischen Wirtschaft im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung sowie verschiedener Tarif- und Steuererhöhungen gedeutet werden. Ein Teil dieser Residuen dürften wiederum Resultat der mangelhaften Erfassung der Lohnzuwachsrate durch die Arbeitslosenrate sein.
- Der Eintritt in die EU zu Beginn des Jahres 1995 brachte Preisreduktionen zuerst bei den Nahrungsmitteln, dann bei den Industriewaren und schließlich eine Dämpfung des Preisauftriebes bei den Dienstleistungspreisen. Diese Preisreduktionen, die auf Änderungen von Institutionen zurückgehen, können (bzw. sollten) freilich durch die Standard-Determi-

nanten nicht erfasst werden, und scheinen als negative Abweichungen auf. Da sich allerdings im selben Zeitraum die Arbeitslosenrate erhöhte, ergibt sich eine zufällige Korrelation zwischen Arbeitslosenquote und der Dämpfung des Preisauftriebes.

Aus der gegenläufigen Bewegung der Inflation und der Arbeitslosigkeit während dieser Jahre könnte der Schluss gezogen werden, dass die natürliche Arbeitslosenrate zurückgegangen sei¹⁾. Wenn die natürliche Arbeitslosigkeit tatsächlich die Struktur des Arbeitsmarktes wieder geben soll, ist dies eine fragwürdige Interpretation. Darüber hinaus täuschen die Jahre nach dem EU-Beitritt eine engere Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosenrate vor, als tatsächlich vorhanden ist. Daher endet für die meisten Regressionen, die in der Folge vorgestellt werden, der Schätzzeitraum im Jahr 1994.

Rohstoffpreise: Auf Schilling- oder auf Dollarbasis?

Bevor einige der eben angeführten Punkte weiter erörtert werden, empfiehlt es sich der Frage der von außen kommenden Inflationselemente nachzugehen. Die Darstellung der wichtigsten Kosten- und Nachfrageelemente durch die Arbeitslosenrate und durch die Rohstoffpreise ist freilich eine starke Vereinfachung und unterstellt, dass nur Rohstoffe importiert werden, bzw. dass die Entwicklung der Preise von Fertigwaren im Wesentlichen durch die Rohstoffpreise und die Lohnkosten (über die Arbeitslosenrate) dargestellt werden kann.

Wenn freilich auch Waren und Dienstleistungen aus anderen Währungsgebieten importiert werden, so sollten auch Wechselkursveränderungen zwischen Schilling und anderen Währungen eine gewisse Rolle spielen. Hier ist vor allem der Kurs Dollar-Schilling zu beachten.

Wenn wir nun der Vermutung nachgehen, dass der Dollarkurs – etwa über den Import von Fertigwaren – eine eigenständige Determinante der Preisinflation ist, und den Dollarkurs in die Inflationsgleichung einführen, verbessert sich das Ergebnis der Regression erheblich. Dabei stellt sich heraus, dass die Koeffizienten von Rohstoffpreisen auf Schillingbasis und die Koeffizienten des Dollarkurses nahezu gleich groß sind, freilich mit umgekehrten Vorzeichen. Siehe Gleichung 2. Eine Aufwertung des Dollars (Abwertung des Schillings) erhöht, wie erwartet, die Inflation. Diese Wirkung – dies ist das Bemerkenswerte – ist etwa gleich stark wie jene der Rohstoffpreise. Es ist daher zulässig, im Interesse einer sparsamen Darstellung die Rohstoffpreise auf Dollarbasis in die Inflationsgleichung eingehen zu lassen (Gleichung 3).

¹⁾ So die Berechnung der NAIRU durch die OECD (*Richardson et al.*, 2000, S. 17).

Gleichung 2:

Zeitraum 1963-1999

$$\begin{aligned} \text{DVPIPC} = & 0.047 + 0.034\text{AHW} + 0.041\text{AHW}(-1) + 0.039\text{AHW}(-2) \\ & 9.1 \quad 2.6 \quad 3.0 \quad 3.0 \\ & -0.043\text{USD} - 0.035\text{USD}(-1) - 0.046\text{USD}(-2) - 0.381\text{U}(-1) \\ & 1.8 \quad -1.4 \quad -1.9 \quad -3.4 \end{aligned}$$

R² adj. = 0.75, D-W = 1.1

Gleichung 3:

Zeitraum 1963-1999

$$\begin{aligned} \text{DVIPIC} = & 0.048 + 0.034\text{HW} + 0.041\text{HW}(-1) + 0.038\text{HW}(-2) - 0.387\text{U}(-1) \\ & 10.1 \quad 3.0 \quad 3.4 \quad 3.2 \quad -3.7 \end{aligned}$$

R² adj. = 0.77, D-W = 1.1

Gleichzeitige und verzögerte Arbeitslosenrate

Zwar wird in diesen Gleichungen etwa drei Viertel der Varianz erklärt, der Einfluss der Arbeitslosenrate erweist sich jedoch weiterhin als sehr klein: Eine Erhöhung der Arbeitslosenrate um 1 Prozentpunkt senkt die Inflationsrate um knapp 0.4 Prozentpunkte. Der Versuch, sowohl die gleichzeitige als auch verzögerte Arbeitslosenrate in die Gleichung einzubringen, ist nur wenig erfolgreich.

Gleichung 4:

Zeitraum 1963-1999

$$\begin{aligned} \text{DVIPC} = & 0.048 + 0.037\text{HW} + 0.039\text{HW}(-1) + 0.036\text{HW}(-2) + 0.293\text{U} - 0.688\text{U}(-1) \\ & 10.0 \quad 2.9 \quad 3.0 \quad 2.8 \quad 0.6 \quad -1.3 \end{aligned}$$

R² adj. = 0.76, D-W = 1.1

Der Fit verbessert sich nicht. Der Koeffizient der unverzögerten Arbeitslosenrate ist sogar positiv. Da U und U(-1) stark korreliert sind, sind die t-Statistiken der geschätzten Koeffizienten jeweils getrennt betrachtet wenig aussagekräftig. In der Folge wird daher die einfachere Spezifikation bevorzugt.

Ein Exkurs: Lohnwachstum als Determinante der Inflation

Die bis jetzt angeführten Gleichungen basieren freilich auf der Annahme, dass die Arbeitslosigkeit eine der Hauptdeterminante des Lohnauftriebes und damit – aber auch über andere Wege – die Hauptdeterminante des Preisauftriebes sei. Wie später noch ausführlicher dargestellt wird, ist es sehr fraglich, ob diese Annahme zutrifft. Wenn neben der Arbeitslosenrate die Lohninflation (L) als selbstständige Variable eingeführt wird, erhöht sich der Fit erheblich, auch die Korrelation der Residuen nimmt ab.

Gleichung 5:

Zeitraum 1963-1999

$$\text{DVPIC} = 0.031 + 0.031\text{HW} + 0.045\text{HW}(-1) + 0.026\text{HW}(-2) - 0.212\text{U} + 0.173\text{L}(-1)$$

3.6 2.9 3.9 2.1 -1.7 2.6

R² adj. = 0.81, D-W = 1.7

Österreichs Beitritt zur EU und der Koeffizient der Arbeitslosenrate

Der Einfluss der (verzögerten) Arbeitslosenrate auf den Preisauftrieb ist zwar klein, aber doch für die gesamte Stützperiode recht gut messbar. Dieses Resultat hängt jedoch sehr stark von der preisdämpfenden Wirkung Österreichs Beitritt zur EU ab. Wenn die Jahre 1995-1999 (Jahre nach dem EU-Beitritt) aus der Schätzungsperiode ausgeschieden werden, erhöht sich (verringert sich in absoluten Werten) der (nun statistisch nicht mehr gesicherte) Koeffizient auf -0,1. Wenn die Rohstoffe auf Schillingbasis in die Gleichung eingehen, fällt die Änderung nicht so stark aus.

Gleichung 6:

Zeitraum 1963-1994

$$\text{DVIPC} = 0.039 + 0.042\text{HW} + 0.047\text{HW}(-1) + 0.047\text{HW}(-2) - 0.127\text{U}(-1)$$

7.3 3.5 3.8 3.9 -0.9

R² adj. = 0.76, D-W = 1.3

Gleichung 7:

Zeitraum 1963-1994

$$\text{DVIPC} = 0.049 + 0.040\text{AHW} + 0.035\text{AHW}(-1) + 0.024\text{AHW}(-2) - 0.290\text{U}(-1)$$

8.1 3.1 2.6 1.9 1.8

R² adj. = 0.63, D-W = 0.9

Verbraucherpreise ohne Energiepreise

In den letzten Jahrzehnten schwankten die Energiepreise sehr stark; diese Schwankungen bestimmten weitgehend die Entwicklung des gesamten Verbraucherpreisindex. Es ist daher interessant, den VPI ohne Energiekomponente zu betrachten. Freilich enthält diese Art der 'Kerninflation' noch die indirekten Effekte der Energiepreise. Die Ausschaltung der Energiekomponente drückt sich in zwei Punkten aus: Verschlechterung der Anpassung der Gleichung, und – erwartungsgemäß – in einer Verringerung der Summe der Koeffizienten der Rohstoffpreise. Auch in dieser Formulierung verkleinert sich der Koeffizient der Arbeitslosenrate, wenn die Jahre 1995-1999 ausgeschaltet werden.

Gleichung 8:

Zeitraum 1976-1999

$$\text{DVOEC} = 0.055 + 0.016\text{HW} + 0.025\text{HW}(-1) + 0.028\text{HW}(-2) - 0.499\text{U}(-1)$$

10.2	1.3	1.9	2.2	-4.4
------	-----	-----	-----	------

R² adj. = 0.71, D-W = 0.7

Gleichung 9:

Zeitraum 1967-1994

$$\text{DVOEC} = 0.046 + 0.025\text{HW} + 0.031\text{HW}(-1) + 0.037\text{HW}(-2) - 0.227\text{U}(-1)$$

7.5	1.9	2.3	2.9	-1.5
-----	-----	-----	-----	------

R² adj. = 0.67, D-W = 0.9

Beschleunigung der Inflation

Erwartungen in der Lohngleichung

Die Vorstellung, dass sich die Inflation, sobald sie einmal in Gang gekommen ist, immer weiter beschleunigt, wurde durch *Friedman* (1968) in die nun geläufige Aussage über die *Natural Rate of Inflation* gebracht, findet sich aber schon weit früher. Erst wenn die Arbeitslosenrate genügend hoch ist, endet die Inflationsbeschleunigung. Die NAIRU ist jene Arbeitslosenrate, die mit einer gleich bleibenden Inflationsrate vereinbar ist.

Wenn die Arbeitslosenrate unter der NAIRU liegt, sind die Forderungen nach Realloohnerhöhungen größer als die Steigerungen, welche die Unternehmen, angesichts der vorherrschenden Preise und Preisermutungen zu zahlen bereit sind. Die Unvereinbarkeit zwischen den

Lohnforderungen und Preissetzungspläne der Unternehmen wird durch eine Lohn-Preis-Spirale gelöst. Solange sich die Lohn-Preis-Spirale dreht, fällt die Inflation als erwartet höher aus: Arbeitnehmer erhalten nicht die Reallöhne, die sie erwarten, Unternehmer erzielen nicht die Preise, die sie in ihre Kalkulation eingeplant haben.

In diesem Szenario stellt sich ein Gleichgewicht nur ein, wenn die Arbeitslosenrate bis zur NAIRU ansteigt; dann stimmt das Verhalten der Lohnsetzer mit dem Verhalten der Preissetzer überein. Als Gleichgewichtsrate wird hierbei also jene Rate der Arbeitslosigkeit definiert, bei welcher die Inflationsrate gleich der erwarteten Inflationsrate ist.

Die Hypothese der natürlichen Arbeitslosenrate deutet Veränderungen der Inflationsrate als ein Phänomen des Arbeitsmarktes, wobei ein bestimmtes Merkmal des Arbeitsmarktes, nämlich die Arbeitslosenrate, herangezogen wird, um Änderungen auf dem Arbeitsmarkt abzubilden. In anderen Formulierungen wird die Überschussnachfrage allgemeiner definiert und durch ein 'Outputgap' dargestellt.

Zur Berechnung der NAIRU: Ein erster Schritt

Der Schätzung der NAIRU liegt folgende Gleichung zu Grunde:

$$INFL = E(INFL) + a \cdot D + b \cdot Z$$

INFL ist die Inflationsrate; *E(INFL)* ist die erwartete Inflationsrate; *D* ist ein Indikator der Überschuss-Nachfrage (derart normalisiert, dass $D=0$ die Abwesenheit von Überschussnachfrage anzeigt); *Z* sind Angebotsfaktoren (ebenfalls so normalisiert, dass $Z=0$ die Absenz der Wirkung dieser Faktoren anzeigt).

D wird durch eine 'Arbeitslosigkeitslücke' repräsentiert; diese wird als Differenz zwischen der tatsächlichen und der natürlichen Arbeitslosigkeit (NAIRU) definiert, also als $(U - NAIRU)$. In dieser Formulierung ist der Koeffizient der erwarteten Inflationsrate (*E(INFL)*) gleich 1. Die Inflationsrate minus der erwarteten Inflationsrate ist eine 'Funktion der Arbeitslosigkeitslücke' (sowie der Angebotsfaktoren).

In der üblichen Spezifizierung wird *E(INFL)*, die erwartete Inflationsrate, durch die Inflationsrate in der Vergangenheit repräsentiert. D. h. die Inflationsrate wird weiter extrapoliert. Die NAIRU ist also jene Arbeitslosenrate, die mit stetiger Inflation vereinbar ist. Diesem Ansatz folgt auch dieser Abschnitt; in einem späteren Abschnitt wird auch eine Gleichung geschätzt, die der Annahme entspricht, dass die Handelnden in die Zukunft schauen ('forward looking'), die Erwartungen bezüglich der Inflation also nicht dadurch bilden, dass sie die bisherige Preisentwicklung weiterschreiben.

Phillips-Kurven mit verzögerten Inflationsraten

In um die Inflationserwartungen erweiterten Phillips-Kurven für die USA bestätigt sich in der Regel die These, dass die Erwartungen in der Form von verzögerten Inflationsraten mit einem

Koeffizienten von 1 (bzw. Summe der Koeffizienten) in die Inflationsgleichung eingehen. Die folgenden Gleichungen überprüfen diese These für Österreich.

In den Inflationsgleichungen, welche die endogene Variable verzögert um 1 oder 2 Jahre enthalten, verbessert sich im allgemeinen der Fit erheblich; die Durbin-Watson-Statistik verbessert sich ebenfalls. Dies weist wie schon die Ergebnisse mit den verzögerten Rohstoffpreisen auf eine gewisse Persistenz im Preisauftrieb hin. Der Einfluss der Arbeitslosenrate ist nach wie vor gleich Null.

Auffällig ist jedoch, dass der Koeffizient der verzögerten Inflationsrate (Summe der Koeffizienten bei zwei verzögerten Variablen) nicht über 0,4 hinausgeht. Die Berechnung der NAIRU baut jedoch darauf, dass dieser Koeffizient gleich 1 ist. Somit scheint die empirische Grundlage für die Berechnung der NAIRU also schon allein aus diesem Grunde (neben anderen, die später ausgeführt werden) zu fehlen.

Gleichung 10: Inflationsrate um 1 Jahr verzögert

Zeitraum 1963-1994

$$\text{DVPIC} = 0.022 + 0.043\text{HW} + 0.037\text{HW}(-1) + 0.025\text{HW}(-2) - 0.024\text{U}(-1) + 0.359\text{DVPIC}(-1)$$

2.8 3.9 3.1 1.8 -0.2 2.6

R² adj. = 0.80, D-W = 2.0

Gleichung 11: Inflationsrate um 1 und 2 Jahre verzögert

Zeitraum 1963-1999

$$\text{DVPIC} = 0.022 + 0.043\text{HW} + 0.038\text{HW}(-1) + 0.025\text{HW}(-2) - 0.017\text{U}(-1)$$

2.6 3.8 2.8 1.8 -0.1

$$+ 0.328\text{DVPIC}(-1) + 0.0361\text{DVPIC}(-2)$$

1.8 0.3

R² adj. = 0.80, D-W = 1.9

Die Schätzung von NAIRU-Gleichungen

Inflationserwartungen, repräsentiert durch die Inflationsrate der letzten Periode, spielen also – anders als für die U.S. Wirtschaft, wo sich die Koeffizienten der verzögerten Inflationsrate zu 1 aufsummieren – nur eine geringe Rolle. Darin mögen sich die Bemühungen der Wirtschaftspolitikern spiegeln, die Entstehung einer Preis-Preis-Spirale zu verhindern.

Die empirische Basis für die Berechnung des Wertes der NAIRU ist also äußerst schwach; wenn dennoch eine NAIRU-Gleichung – entsprechend der üblichen Praxis – geschätzt werden soll, muss sichergestellt werden, dass der Koeffizient der verzögerten Inflationsrate in die Gleichung mit dem Wert von 1 eingeht. Dies kann dadurch erreicht werden, dass die abhängige Variable als Differenz der Inflationsraten definiert wird.

Interpretation der NAIRU-Gleichungen

Die Gleichungen zur Schätzung der NAIRU können folgendermaßen angeschrieben werden:

$$DP = \text{konst} + c*U + d*Z$$

$DP =$ die (absolute) Differenz der Inflationsraten,

$Z =$ Angebotsvariable (Rohstoffpreise), so normalisiert, dass das Mittel gleich Null ist.

$\text{konst} =$ Konstante

Wenn der Wert von Z gleich Null ist, ergibt sich durch Umformung

$$DP = c*(U + \text{konst}/c), \text{ oder}$$

$$DP = c*(U - \text{NAIRU})$$

wobei $(-\text{konst}/c)$ als 'natürliche Arbeitslosenrate' – NAIRU – interpretiert werden kann.

Je nach Spezifikation ergeben sich recht unterschiedliche Schätzungen der 'natürlichen Arbeitslosenrate'. In allen Fällen sind die Schätzgleichungen fragwürdig, was die statistische Signifikanz betrifft. Im folgendem wird eine Auswahl der NAIRU-Gleichungen angeführt.

Gleichung 12:

Zeitraum: 1963-1999

$$DP = -0.264 + 0.044U(-1) + 0.040 (\text{HW-Mittel}(\text{HW}))$$

-0.6 0.4 3.2

$R^2 \text{ adj.} = 0.21, D-W = 2.0$

Gleichung 13:

Zeitraum: 1963-1994

$$DP = -0.533 + 0.150U(-1) + 0.048(\text{HW-MITTEL}(\text{HW}))$$

-1.7 1.1 3.5

$R^2 \text{ adj.} = 0.25, D-W = 2.1$

Was den Determinationskoeffizienten betrifft, erklären alle Gleichungen nur einen geringen Teil der Streuung, wobei der größte Teil auf die Entwicklung der Rohstoffpreise zurückgeht. Die Koeffizienten der Arbeitslosenrate sind sehr klein, statistisch nicht gesichert, und haben zudem (mit einer Ausnahme) das falsche Vorzeichen.

Eine wirtschaftswissenschaftliche Interpretation ist nicht sinnvoll. Aus Gleichung 11 ergäbe sich z. B., dass eine Erhöhung der Arbeitslosenrate um 1 Prozentpunkt die Inflation um 0.15 Prozentpunkte beschleunigt. Der Anstieg der Arbeitslosenrate bewirkt also keine Verlangsamung sondern eine Beschleunigung der Inflation!

Dennoch kann man freilich rein mechanistisch mit der Berechnung einer 'natürlichen Arbeitslosenrate' fortfahren. Dabei ergeben sich folgende Werte. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf NAIRU-Schätzwerten, die sich aus Gleichungen ergeben, in welche die Rohstoffe auf Schillingbasis eingehen.)

NAIRU-Schätzwerte

Arbeitslosenrate, unverzögert

Zeitraum 1963-99: NAIRU = 9,6 (0,7)

Zeitraum 1963-94: NAIRU = +3,8 (4,3)

Arbeitslosenrate, verzögert um 1 Jahr

Zeitraum 1963-99: NAIRU = 6,1 (neg.)

Zeitraum 1963-94: NAIRU = 3,7 (3,7)

Arbeitslosenrate (ausschließlich Langzeitarbeitsloser)

Zeitraum 1965-99: NAIRU = +1,6

Zeitraum 1965-94: NAIRU = +3,1

Wenn man der Standardformulierung der NAIRU-Literatur folgt, lässt sich bei Anwendung der üblichen Techniken tatsächlich eine 'Natürliche Rate der Arbeitslosigkeit' berechnen. Sie schwankt allerdings je nach Spezifikation und Schätzzeitraum gewaltig, und zwar von einem Minuswert bis plus 9,6%. Aber selbst in jenen Fällen, in denen die NAIRU positiv ist, ergibt sich in nahezu allen Fällen ein absurdes Ergebnis: Wenn die tatsächliche Arbeitslosigkeit die 'natürliche Arbeitslosigkeit' übersteigt, erhöht sich die Inflation.

Inflationsprognosen als Erwartungsvariable

Ein letzter Versuch innerhalb dieses Ansatzes betrifft die Berechnung einer Phillips-Kurve unter der Annahme, dass die Erwartungen vorausblickend gebildet werden. Wenn es stimmt, dass in den Lohnverhandlungen die künftige Inflation berücksichtigt wird, spricht einiges für diese Spezifikation der erwarteten Preissteigerung. Die für die Zukunft erwartete Inflation wurde

durch die prognostizierte Inflationsrate des WIFO, die im September (in früheren Jahre: Dezember) für das darauf folgende Jahr erstellt wurde.

Gleichung 14:

Zeitraum: 1964-1999

$$\text{DVPIC} = 0.018 + 0.032\text{HW} + 0.012\text{HW}(-1) + 0.013\text{HW}(-2) + 0.64\text{VPI-Prog} - 0.186\text{U}(-1)$$

2.6 3.7 1.2 1.3 5.1 -2.1

R² adj. = 0.88, D-W = 1.8

Gleichung 15:

Zeitraum: 1964-1994

$$\text{DVPIC} = 0.018 + 0.038\text{HW} + 0.018\text{HW}(-1) + 0.021\text{HW}(-2) + 0.55\text{VPI-Prog} - 0.078\text{U}(-1)$$

2.5 3.9 1.5 1.8 3.9 -0.7

R² adj. = 0.85, D-W = 1.8

Der Koeffizient der prognostizierten Inflationsrate ist nun etwas höher, doch noch immer weit vom Wert von 1 entfernt. Der Einfluss der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch auch in dieser Spezifikation sehr schwach. Beide Umstände rechtfertigen es auch hier nicht, einen Wert für die 'natürliche Arbeitslosenrate' zu berechnen.

Methodische Überlegungen

Die NAIRU – ein Gleichgewichtsansatz

Vor mehr als 30 Jahren entwickelten *Friedman* (1968) and *Phelps* (1968) das Konzept der 'natürlichen Arbeitslosenrate'. Friedman schrieb damals: "the natural rate of unemployment is the level which would be ground out by the Walrasian system of general equilibrium equations, provided that there is imbedded in them the actual structural characteristics of the labor and commodity markets, including market imperfections, stochastic variability in demands and supplies, the cost of gathering information about job vacancies and labor availabilities, the costs of mobility, and so on."

Sowohl die empirische als auch theoretische Literatur entwickelte sich seitdem weiter, zwei Kernpunkte blieben aber erhalten: Erstens, insbesondere in den empirischen Arbeiten wird die Sicht vertreten, dass die NAIRU ein Konzept ist, das sich auf den Arbeitsmarkt bezieht. Zwei-

tens, die natürliche Arbeitslosigkeit ist ein Gleichgewichtskonzept für einen Markt, auf dem der Preis den Markt räumt.

In diesem Arbeitsmarkt werden die Löhne in der Interaktion zwischen Arbeitern und Unternehmen bestimmt bzw. ausgehandelt, je nachdem ob das zugrunde liegende Model dem 'matching Ansatz', dem Ansatz der Effizienzlöhne oder dem kompetitiven Ansatz folgt (Blachard – Katz, 1997). Für die Institutionen des Arbeitsmarktes ist hier wenig, für wirtschaftspolitische Eingriffe ist überhaupt kein Platz.

Wie wichtig sind Institutionen des Arbeitsmarktes?

Dies ist umso erstaunlicher, als in Analysen der Arbeitsmärkte, insbesondere der Arbeitslosigkeit, sehr wohl auf Unterschiede der Institutionen des Arbeitsmarktes hingewiesen wird. Schon in Friedmans Formulierung findet sich der Hinweis auf strukturelle Eigenheiten des Arbeits- und Gütermarktes. Auch in jüngster Zeit wird etwa die gute Entwicklung des amerikanischen Arbeitsmarktes auf die große Flexibilität des Arbeitsmarktes, die schlechte Entwicklung in den meisten europäischen Ländern mit institutioneller Starrheit begründet. So etwa führt *Saint-Paul* (1997) die hohe Arbeitslosigkeit in Frankreich auf institutionelle Rigiditäten am Arbeitsmarkt, wie die Existenz der Mindestlöhne, zurück, und spricht von einer Sklerose des Arbeitsmarktes. Ähnliches gilt für Italien: hier ist von einer Versteinerung des Arbeitsmarktes die Rede (*Garronna – Sica*, 1997), die Beschleunigung des Strukturwandels wird dagegen als Ursache der erhöhten Arbeitslosigkeit zurückgewiesen. Auch für Dänemark wird eine derartige Erklärung verworfen, stattdessen wird die verringerte Flexibilität des Arbeitsmarktes dem Wirken des Wohlfahrtsstaates angelastet.

Eine positive Bilanz Mitte der neunziger Jahre unter den europäischen OECD-Ländern bieten lediglich die Niederlande (und Irland): Auch hier sind es institutionelle Faktoren, die als Erklärung angeführt werden: Lohnzurückhaltung und gesteigerte Flexibilität des Arbeitsmarktes als Folge der Dezentralisierung der Lohnbildung.

Auch in Österreich mögen einige der oben genannten institutionellen Faktoren eine Rolle spielen und zur Erklärung des Anstieges der Arbeitslosigkeit beitragen; allerdings müsste eine auf derartige Faktoren aufbauende These auch erklären, wieso diese Faktoren erst Anfang der achtziger Jahre zum Tragen gekommen sind; erst zu diesem Zeitpunkt stieg nämlich die Arbeitslosigkeit rasch an.

In der Literatur gibt es eine Vielzahl von Studien, die eine Beziehung zwischen den Arbeitsmarktesinstitutionen, insbesondere des Lohnfindungssystemes, und makroökonomischen Indikatoren überprüfen. Ein prominentes Beispiel für die Betonung der Bedeutung der Institutionen des Arbeitsmarktes für die Erklärung der Arbeitslosenrate ist die Analyse von *Layard et al.* (1991). Hier wird die Arbeitslosenrate durch sieben Variablen erklärt, davon sind sechs institutionelle Variablen: Dauer der Arbeitslosenunterstützung; Ersatzrate der Arbeitslosenunterstützung; Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen je Arbeitslosen als Prozent des Pro-Kopf-

Outputs; Prozentsatz der Beschäftigten, die von Kollektivverträgen erfasst werden; Koordination auf Gewerkschaftsseite; Koordination auf Arbeitgeberseite. Drei dieser Determinanten der Arbeitslosenrate beziehen sich auf Eigenheiten des Lohnverhandlungssystems.

Ein Paradoxon

Wenn es darum geht, die starken Schwankungen in der Arbeitslosenrate, sei es der natürlichen oder der tatsächlich gemessenen zu interpretieren, werden in der Literatur freilich auch andere Faktoren angeführt; besonders häufig erwähnt werden demografische Faktoren, wie Änderungen in der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung nach Qualifikationen oder demografischen Kategorien. Diese Faktoren spielen allerdings, worauf Solow (1991, S. S31) hinweist, in der Schätzung der NAIRU keinerlei Rolle:

"A mild paradox arises here. Those who estimated the natural rate in this way occasionally go on to discuss events or policies that might possibly change the natural rate. When they do, they normally talk about the factors I mentioned earlier as figuring in the NAIRU tradition. But those factors have played no role in the estimation. It seems like a bold leap, calling for more justification than it gets."

Wirtschaftspolitiker als Akteure auf dem Arbeitsmarkt

Die Berücksichtigung der komplexen Institutionen des Arbeitsmarktes und ihrer Veränderung in der empirischen Forschung verlangt nicht nur, dass in der Schätzung der NAIRU diese Faktoren einbezogen werden, sondern auch, dass das Feld der Akteure, deren Verhalten beschrieben wird, ausgeweitet wird. Nicht nur das Verhalten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als Einzelakteure muss in die Modellierung der relevanten Variablen eingehen, sondern auch das Verhalten von organisierten Gruppen, wie z. B. – auf Arbeitnehmerseite – des ÖGBs, der Einzelgewerkschaften, der Betriebsräte und – auf Arbeitgeberseite – der Wirtschaftskammern sowie der staatlichen Organe. Das heißt also nichts anderes, als dass alle relevanten wirtschaftspolitischen Eingriffe in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Dies ist gerade für eine Analyse der österreichischen Wirtschaft, die als eine hoch-korporatistische bezeichnet wird, wichtig. Diese Sicht erfordert also, dass der institutionelle Rahmen ausgeweitet wird: Arbeitnehmer und Unternehmen sind nun nicht die einzigen Akteure, deren Verhalten analysiert werden muss; dazu kommen nun auch jene Akteure, die Wirtschaftspolitik betreiben.

Erwartungen spielen in der Schätzung der NAIRU eine besonders wichtige Rolle, bilden sie doch die Basis der Schätzung der 'natürlichen' Arbeitslosigkeit in einer um die Preiserwartungen bzw. Lohnerwartungen erweiterte Phillipskurve. Es gilt also die Erwartungen der Einzelakteure um die Erwartungen der Wirtschaftspolitiker zu ergänzen und die Interaktion zwischen den Erwartungen der Einzelakteure und jenen der Wirtschaftspolitiker zu analysieren.

Wenn sich die Analyse auf eine korporatistische Wirtschaft bezieht, liegt die Vermutung nahe, dass nicht so sehr die Erwartungen der Marktteilnehmer – so man in einer korporatistischen Wirtschaft überhaupt von Markt im Sinne einer 'Marktwirtschaft' nach dem Muster etwa der USA sprechen kann – sondern jene der Wirtschaftspolitiker zählen. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese Erwartungen über wirtschaftspolitische Eingriffe das Verhalten und die Erwartungen der Einzelakteure sowie anderer Wirtschaftspolitiker beeinflussen.

Mit der Einführung der Wirtschaftspolitiker als Akteure in die Analyse ist es freilich noch nicht getan. Soweit die Wirtschaftspolitiker wiederum auf Änderungen im wirtschaftlichen Umfeld reagieren, können wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht mehr als exogen betrachtet werden, sondern folgen wiederum aus anderen wirtschaftlichen Vorgängen. Diese Problematik ist unter dem Titel 'endogene' Politiker in die Literatur eingegangen.

Wirtschaftspolitische Eingriffe

Der folgende Teil skizziert einige wirtschaftspolitische Eingriffe und stellt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige der Schwierigkeiten dar, die diese wirtschaftspolitischen Eingriffe bei der Schätzung von Lohn- und Inflationsgleichungen verursachen können. Im Prinzip wird freilich jede Art von Wirtschaftspolitik die Lohn- und Preisentwicklung beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist aber vor allem an die Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung sowie Eingriffe in das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu denken.

Einige der wirtschaftspolitischen Eingriffe gelten laut Erklärungen der Wirtschaftspolitiker während der gesamten Beobachtungsperiode; andere wiederum wirken nur punktuell. Die Lohnpolitik als eine permanent wirkende Maßnahme ist ein zentraler Bestandteil der österreichischen Wirtschaftspolitik und wird daher ausführlicher behandelt. Andere Eingriffe wie die Preispolitik sowie direkte Eingriffe in den Arbeitsmarkt (vor allem in der Form von Beschränkungen des Arbeitskräfteangebots) sind vielleicht nicht weniger wichtig; welche Folgen die Vernachlässigung dieser Eingriffe auf die ökonometrischen Resultate haben könnte, kann hier aber nur skizziert werden und ist weiteren Arbeiten vorbehalten.

Bevor diese Probleme gelöst sind, ist Vorsicht geboten. Es ist insbesondere nicht sinnvoll, Untersuchungen der Phillips-Kurven und der NAIRU nach den üblichen Ansätzen durchzuführen. Diese Ansätze richten sich nach Untersuchungen für die USA, einem Land also, wo in vielen Bereichen die Marktwirtschaft vorherrscht. Die Annahme eines mehr oder minder marktwirtschaftlichen Regimes kann freilich für viele europäische Länder nicht aufrechterhalten werden, insbesondere dann nicht, wenn die Untersuchungsperiode, wie es bei der Berechnung der NAIRU der Fall ist, weit in die Vergangenheit zurückreicht. Dass Österreich als korporatistisches Land in dieser Hinsicht einen Extremfall darstellt, braucht nicht weiter erörtert werden.

Bestehende Schätzungen von Philips-Kurven und der NAIRU sind also bestenfalls als Annäherung an Analysen zu sehen, deren Ergebnisse in der Wirtschaftspolitik sinnvoll verwendet wer-

den können. Diese Kritik betrifft natürlich auch die Schätzergebnisse, die in dieser Studie vorgelegt werden.

Die Lohnpolitik

Die Einkommenspolitik, oder genauer die Lohnpolitik, als integraler Teil des Korporatismus bedeutet Lohnmäßigung von Seiten der Gewerkschaften, also die Bereitschaft, die volle Macht der Arbeitnehmer nicht auszunützen. Hierüber herrscht in der Literatur große Einhelligkeit (Lange, 1984, Crouch, 1985). Lohnzurückhaltung ist ein öffentliches Gut (Calmfors, 1993), dessen Nutzen in einem hohem Beschäftigungsniveau und niedriger Inflation besteht. Dass die österreichische Wirtschaft der Lohnzurückhaltung von Seiten der Arbeitnehmerverbände, die in der Form der produktivitätsorientierten Lohnpolitik ihren Niederschlag fand, seine relativ gute Wirtschaftsentwicklung verdankt, wird in unzähligen Publikationen hervorgekehrt, zuletzt etwa durch den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1998, S. 26ff), der für eine Fortsetzung dieser Politik plädiert. Die Politik der Lohnzurückhaltung ist eine der drei Säulen des Austro-Keynesianismus (Guger, 1998).

Die Politik der Lohnmäßigung

Im Unterschied zu Gewerkschaften in anderen Ländern akzeptierten die österreichischen Gewerkschaften, dass Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmerseite nützen würde. Diese im Großen und Ganzen makroökonomische Ausrichtung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes spiegelt sich in seinen Lohnrichtlinien wider, wie sie von Kienzl (1973, S. 228), einem der Architekten dieser Lohnpolitik, Anfang der siebziger Jahre ausgedrückt wurden. Danach versuchte der ÖGB stets eine wachstumsorientierte Lohnpolitik zu betreiben.

"Eine solche im wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmer liegende Politik sollte ein ausweichendes (sic!) wirtschaftliches Wachstum ermöglichen, d. h. Die Lohnbewegung sollte nicht ein solches Ausmaß annehmen, dass die Erzielung eines wachstumspolitisch erforderlichen Gewinnes unmöglich gemacht wurde. Hätte die Gewerkschaftsbewegung in der Zweiten Republik, vor allem in Zeiten der Konjunktur, ihre volle Kraft eingesetzt, hätte sie unzweifelhaft das Lohnniveau stärker in die Höhe treiben können, als es tatsächlich geschehen ist, was aber nur ein vorübergehender Erfolg gewesen wäre, denn eine derartige Lohnpolitik hätte die Investitionstätigkeit untergraben und damit das zukünftige wirtschaftliche Wachstum einem kurzfristigen, vorübergehenden Erfolg geopfert."

Die These, dass die Lohnmäßigung als wirtschaftspolitische Maßnahme von überragender Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft, insbesondere der Arbeitslosigkeit, gewesen sei, unterstellt freilich auf Seiten der Wirtschaftspolitiker die Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungsniveau, oder wie später im Hinblick auf die Öffnung der Wirtschaft zur Weltwirtschaft argumentiert wurde, zwischen Lohnhöhe, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsniveau. Dass diese Einsicht vorhan-

den war, lässt sich unmittelbar aus dem obigen Zitat sowie aus späteren Stellungnahmen entnehmen.

Einsicht in fundamentale volkswirtschaftliche Zusammenhänge ist freilich nicht ausreichend. Dazu muss weiters noch der politische Wille und die Fähigkeit kommen, eine entsprechende Politik durchzusetzen. Damit verschiebt sich freilich die Diskussion in den Bereich der Politik, und Fragen wie etwa die Machtrelation zwischen Gewerkschaftsspitze, die eine derartige Strategie der Lohnmäßigung für richtig hält, und den Einzelgewerkschaften und Verhandlungseinheiten, die keine derartige umfassende Perspektive haben und Einzelinteressen vertreten, treten in den Vordergrund, Themen also, die in der Korporatismusdebatte eine wichtige Rolle spielen.

Die Lohnzurückhaltung – eine Leerformel?

Die empirische Untermauerung der These der Lohnzurückhaltung ist sehr schwierig. Dies liegt einerseits schon daran, dass diese These sehr vage ist, wird sie doch in lockerer Form nicht nur für die sechziger und siebziger Jahre, als die Arbeitslosigkeit gering war, sondern auch für die achtziger und neunziger Jahre angeführt, als die Arbeitslosigkeit viel höher als in den vorangehenden Jahrzehnten war.

Seidel (1985) nahm dazu vor 15 Jahren folgendermaßen Stellung:

"Österreich ist das Land mit sozialpartnerschaftlicher Einkommenspolitik. Die Frage liegt nahe, welche besonderen Merkmale die österreichische Lohnbildung auszeichnet. Die Sozialpartner selbst und ihre Experten haben sich nicht festgelegt. Sie betonen die institutionellen Vorkehrungen und die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit, äußern sich aber nur wenig über Erfolgsmaßstäbe und Erfolgskontrolle. *Robinson* stellte schon vor längerer Zeit in einer OECD-Studie über die österreichische Einkommenspolitik (*Robinson*, 1972, S. 54) resignierend fest, dass es den Sozialpartnern offenbar nicht wichtig erscheint, ihre Einkommenspolitik mit quantitativen Argumenten zu rechtfertigen. *Spitäller* (1982, S. 98/99) bemängelte in einer Österreich-Diskussion im American Enterprise Institute, dass die vorteilhaften Folgen der Sozialpartnerschaft als gegeben angenommen und nicht als testbare und getestete Hypothese präsentiert wurden."

Ein Rückblick

Zu Beginn der sechziger Jahre, als hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum in den westlichen Industrieländern zusammenfielen, entstand die Auffassung, dass in wichtigen Märkten sowohl Unternehmen als auch Gewerkschaften ein gewisses Maß an monopolistischer Macht ausüben. Löhne und Preise würden daher auch bei fehlender Überschussnachfrage mit unannehmbaren hohen Raten steigen. Um diese Art von Kosteninflation zu bekämpfen wurde in einer Reihe von Ländern als Alternative zur makroökonomischen Steuerung durch die Fiskal- und Geldpolitik eine Einkommenspolitik befürwortet, der die Aufgabe zufiel, den Trade-off zwischen Preisaufrtrieb und Arbeitslosigkeit zu verbessern.

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik entspringt der neoklassischen Wachstumstheorie. Sie weist eine Reihe von wünschenswerten Eigenschaften auf: Wenn die Lohnzuwächse dem gesamtwirtschaftlichen Trend des Produktivitätswachstums entsprechen, besteht für die Unternehmen keine Veranlassung, die Preise ihrer Produkte zu erhöhen; darüber hinaus bleiben unter gewissen Annahmen (der technische Fortschritt wirkt arbeitssparend und die Unternehmen setzen die Preise als einen Aufschlag auf die Normalkosten fest) die Anteile der Arbeits- und der Nicht-Arbeitseinkommen am Volkseinkommen unverändert.

Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik kann die Politik der Lohnmäßigung als der Versuch der Gewerkschaftsspitze gewertet werden, gegenüber den auseinanderstrebenden Interessen der einzelnen Arbeitnehmergruppen (und wohl auch der Arbeitgebergruppen) ein neoklassisches Modell der Beschäftigung durchzusetzen²⁾. Kernstück dieses Modell, das auf die mittlere Frist ausgerichtet ist, ist die Beziehung zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung. Ziel der Politik der Lohnmäßigung ist die Erhaltung der Vollbeschäftigung als auch der Preisstabilität.

Wenn diese Art der Lohnpolitik erfolgreich durchgesetzt werden kann, kommt es gar nicht zur Ausbildung von Arbeitslosigkeit. Es ist daher nur konsistent, dass die Einkommenspolitik des ÖGBs als produktivitätsorientierte Lohnpolitik, wie sie in den späten sechziger und Anfang der siebziger Jahren konzipiert wurde, keine Orientierung an der Arbeitslosigkeit kennt, sondern nur jene an der Produktivität (und eventuell auch an der Inflation).

In früheren Jahren war allerdings die Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes anders ausgelegt, und zwar als anti-zyklische Lohnpolitik: In Zeiten der Rezession sollte die Lohnbewegung stärker sein – um die sogenannte Massenkaukraft zu stärken – dagegen schwächere in Zeiten der Hochkonjunktur. Aus dieser Lohnpolitik folgt also, falls sie tatsächlich in Entsprechung dieses Konzeptes umgesetzt wurde, eine positive Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnzuwachsrate, da ja die Rezession mit einer hohen, die Hochkonjunktur aber mit einer eher niedrigen Arbeitslosenrate einhergeht. Diese Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum wäre allerdings genau das Gegenteil der in der Phillips-Kurve unterstellten Beziehung. Die Vorstellung, dass eine anti-zyklische Lohnpolitik Vollbeschäftigung sichern könnte, wurde freilich bald unter dem Aspekt des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes fallengelassen (Pollan, 1984).

Welche Evidenz gibt es für die These der kooperativen Lohnpolitik?

Wenn von wirtschaftspolitischen Eingriffen in die Lohnbildung die Rede ist, denkt man vor allem an Lohn- und Preisstopps. Diese sind in der Regel zeitlich begrenzt; ihre Wirkung kann im Prinzip durch ökonometrische Methoden, erfasst werden, in der Regel dadurch, dass Dummy-

²⁾ Breuss (1980) spricht angesichts der (relativ) schönen Phillipskurve für Österreich von der Simulation eines neoklassischen Modells: hohe Arbeitslosigkeit bewirke niedrige Lohnzuwachsrate und führe daher rasch wieder zur Vollbeschäftigung zurück. Ob es tatsächlich die starke Reaktion auf die Arbeitslosigkeit war, welche die Vollbeschäftigung sicherte, wird später erörtert.

Variable eingeführt werden. Dies trifft jedoch auf die Politik der Lohnmäßigung nicht zu: Sie gilt, soweit man sich auf Aussagen der Vertreter der Sozialpartnerschaft verlassen kann, permanent, und zwar sowohl in Zeiten der Vollbeschäftigung als auch in Zeiten der Unterbeschäftigung. Es gibt keine Variable, die eine zeitliche Eingrenzung der Lohnmäßigung zulassen würde, und sei es auch nur in Bezug der zeitlich unterschiedlich starken Anwendung (Dosierung) dieses Mittels.

Eine Erklärung der Wirkung der Sozialpartnerschaft in Hinblick auf die Lohnpolitik, die in eine quantitative Variable umgemünzt werden könnte, müsste eine Aussage darüber treffen, in welchem Ausmaß und über welchen Zeitraum die Politik der Lohnmäßigung gewirkt hat. Die Behauptung, dass Lohnmäßigung immer gewirkt hätte, ist inhaltlich leer.

Einen Schritt könnte man allerdings weiter kommen, wenn man die Frage zulässt, wann die Politik der Lohnmäßigung mehr oder minder gewirkt hat. Dies ließe immerhin die Möglichkeit offen, dass die Lohnmäßigung in einigen Perioden weniger stark oder überhaupt nicht gewirkt hat. Darauf könnte man eine empirische Antwort geben, und zwar dann, wenn die Politik der Lohnmäßigung an ihren Erfolg gemessen wird³⁾.

Im Folgenden wird versucht, jene Zeiträume, in denen die Lohnpolitik praktiziert wurde, von jenen abzugrenzen, in denen dies nicht der Fall war oder – genauer – in denen dieser Politik kein Erfolg beschert war.

Als Erfolgskriterien bieten sich jene wirtschaftspolitischen Ziele an, die üblicherweise das Magische Dreieck bilden: Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Externes Gleichgewicht. Von diesen drei Kriterien scheidet freilich eines, nämlich die Preisstabilität, gleich aus, da in einer offenen Wirtschaft wie Österreich die Inflation in einem großen Ausmaß von außen vorgegeben – also 'importiert' – wird, und es eine Überforderung der Lohnpolitik bedeutete, zu verlangen, dass externe Inflationselement durch die heimische Wirtschaftspolitik vollständig ausgeglichen werden. Es bleiben also das Ziel der Vollbeschäftigung und das Ziel des Leistungsbilanzgleichgewichtes.

Eine vorläufige Analyse der Phillips-Kurve

Ein erster Schritt zur Klärung der Frage, wann und wie weit die Politik der Lohnmäßigung zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bzw. des Leistungsbilanzgleichgewichtes beigetragen haben könnte, ist eine vorläufige Analyse der Phillips Kurve. Die Untersuchung bleibt vorläufig deswegen, weil während der gesamten Periode, die hier betrachtet wird, auch andere wirtschaftspolitische Eingriffe auf Preis- und Lohninflation sowie auf die Arbeitslosigkeit eingewirkt haben; diese Punkte können allerdings erst später berücksichtigt werden.

³⁾ Eine dritte Möglichkeit bestünde in der Behauptung, dass die Institutionen gleich geblieben seien – die Lohnpolitik wirkt immer gleich –, aber dass sich die äußeren Umstände geändert hätten, und sich aus dem Zusammenwirken der (unveränderten) Institutionen und verschiedener Schocks unterschiedliche Reaktionen ergäben hätten (Blanchard – Wolfers, 2000).

Die Lohnvariable und Arbeitszeitverkürzungen

Wie die Lohninflation dargestellt werden soll, ist eine offene Frage. Die in der vorliegenden Analyse verwendete Lohnvariable bezieht sich auf die Stundenlöhne in der Industrie. Quelle hierfür sind die 'halbjährlichen Lohnerhebungen in der Industrie Österreichs' der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Die Lohndaten für 18 Industriezweige werden zu einem Lohnindex zusammengewichtet, wobei die Gewichte die Anteile der Beschäftigung in den einzelnen Branchen an der Gesamtbeschäftigung im Durchschnitt der Jahre 1971/72 sind. Verschiebungen in den Anteilen der Branchen werden somit ausgeschaltet; die Lohndaten haben auch den Vorteil, dass Überstundenentgelte nicht erfasst werden.

Gegenüber Lohndaten für die Industrie haben gesamtwirtschaftliche Lohndaten einige Nachteile. Mangels verlässlicher Statistiken über die Arbeitszeit verbietet sich eine Umrechnung auf Stundenbasis. Dieses Problem ist besonders im letzten Jahrzehnt mit der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung gravierend. Darüber hinaus ist in den letzten fünf Jahren die Erfassung der Lohnentwicklung eher mangelhaft geworden.

Eine weitere Frage bezieht sich darauf, wie Arbeitszeitverkürzungen behandelt werden. In die siebziger Jahre fiel eine Reihe von Arbeitszeitverkürzungen (1970, 1972, 1975), die durch Generalkollektivverträge eingeführt wurden. Hier erhebt sich die Frage, ob die Arbeitszeitverkürzungen als wirtschaftspolitische Maßnahmen für die hier relevante Frage (Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum) als exogen angesehen werden sollten, oder ob die durch die Arbeitszeitverkürzungen verursachten Lohnerhöhungen als Erhöhungen betrachtet werden können, die durch die steigende Anspannung auf dem Arbeitsmarkt selbst verursacht wurden, etwa in dem Sinne, dass der Druck zu Lohnerhöhungen in der Form von Arbeitszeitverkürzungen ihren Ausdruck fand. Diese zweite Interpretation ist insbesondere für die Arbeitszeitverkürzung des Jahres 1975 angreifbar, da diese Etappe der Arbeitszeitverkürzung bereits einige Jahre vorher, als der Beginn der Rezession noch nicht absehbar war, ausgehandelt worden war. Die rasche Verschlechterung der Konjunkturlage drückte sich denn auch in einer beträchtlichen negativen Lohndrift im Jahr 1975 aus⁴⁾.

Die Rate der Lohninflation wird deshalb in zwei Formen dargestellt:

1. Wachstumsrate der Stundenlöhne, ohne Korrektur für die Arbeitszeitverkürzung.
2. Wachstumsrate der Stundenlöhne, abzüglich der Veränderungsrate, die der Arbeitszeitverkürzung zuzurechnen ist. Z. B.: Die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden im Jahr 1970 ergibt rein rechnerisch bei vollständigem Lohnausgleich eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5%. Um diese Rate wird die Wachstumsrate der Löhne in diesem Jahr korrigiert.

⁴⁾ Dies ist allerdings wieder ein Gegenargument.

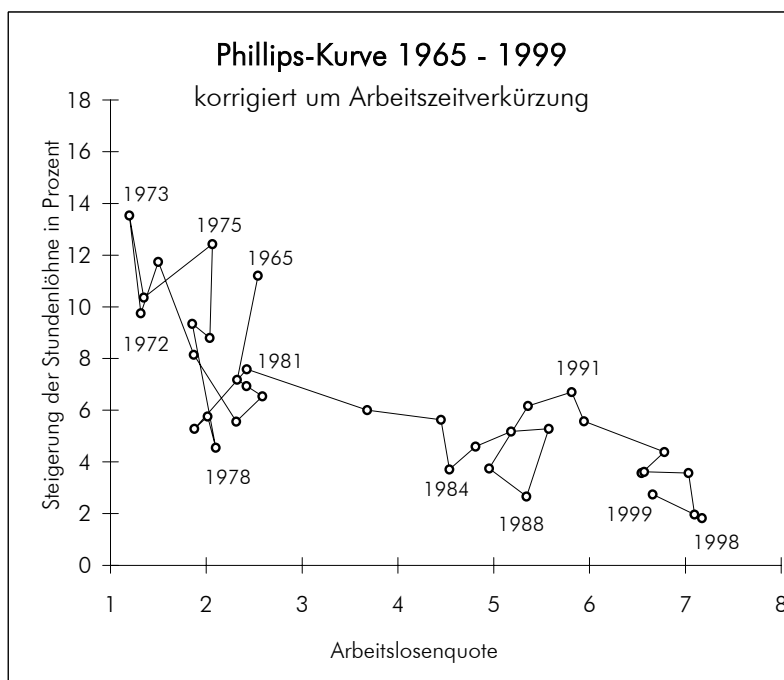
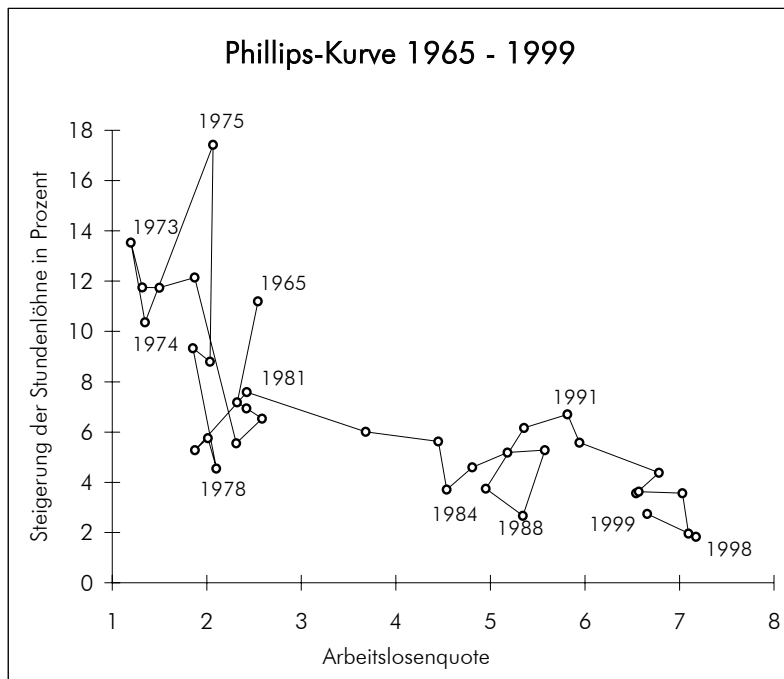
Die Arbeitszeitverkürzungen, die in die Mitte der achtziger Jahre fielen, werden nicht explizit erfasst. Dafür sprechen zwei Gründe: Erstens, die Verkürzung der Arbeitszeit trat je nach Branche zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Zweitens, die Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung war explizit Gegenstand der Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern; die Höhe der Lohnsteigerung ist daher viel mehr als in den siebziger Jahren Ausdruck der relativen Verhandlungsstärke der Verhandlungspartner, oder, wenn man eher einer marktwirtschaftlichen Interpretation zuneigt, der Lage auf dem Arbeitsmarkt (und wird somit möglicherweise durch jene Variablen erfasst, die in die Phillips-Kurve eingehen).

Eine Variable für die gesamtwirtschaftliche Produktivität

Hier wird als Näherungsvariable für die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die aus theoretischer Sicht die geeignete Variable wäre, das BIP-Wachstum verwendet. Zwei Gründe sprechen dafür: Das BIP, eher als die Produktivität, ist ein in der öffentlichen Diskussion gebräuchlicher Indikator und dürfte daher in der Praxis der Lohnverhandlungen eher als die Produktivität als Kennzahl herangezogen worden sein. Veröffentlichte Prognosen gibt es zudem nur zum BIP-Wachstum; diese Prognosen dürften dann eine Rolle spielen, wenn die Verhandlungspartner versuchen, die künftige Entwicklung zu berücksichtigen.

Eher problematisch ist die Verwendung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität anstelle der Produktivität der Industrie, worauf sich ja die Lohnvariable bezieht. Auch in dieser Frage werden die Erklärungen der Sozialpartner, insbesondere der Spitzen des ÖGB zum Nennwert genommen: Laut diesen Proklamationen richten sich die Lohnforderungen und daher eben auch die Lohnsteigerungen einzelner Arbeitnehmergruppen nach der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und nicht(!) nach der Produktivität des betreffenden Wirtschaftszweiges.

Abbildung 2: Phillips-Kurven



Aufteilung in zwei Perioden

Aus der grafischen Darstellung der Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum ergibt sich recht deutlich eine Zweiteilung: Die erste Periode reicht von 1965 bis etwa 1981; die zweite von 1981 bis 1999. Diese Unterteilung ergibt sich unabhängig von der gewählten Variante der Wachstumsrate der Löhne. In beiden Varianten gehen starke Schwankungen der Lohninflation mit nahezu gleichbleibender Arbeitslosigkeit einher.

Wenn allerdings das zweite wirtschaftspolitische Ziel, die externe Stabilität zum Erfolgskriterium gemacht wird, so müsste man das Ende der Politik der Lohnmäßigung schon früher ansetzen. Bereits 1977 traten gravierende Probleme auf, die 1978 zu einer scharfen wirtschaftspolitischen Korrektur führten, die das Ziel hatte, die Importe zu bremsen.

Die latenten und offenen Probleme mit der Leistungsbilanz setzten sich allerdings fort und erforderten 1984 wieder einen scharfen Einschnitt: Diese Maßnahmen – die Erhöhung der Mehrwertsteuer erhöhte die Inflationsrate um rund 2 Prozentpunkte – bieten zwei Hinweise: Insofern als diese Belastungen der Konsumenten mit den Sozialpartnern akkordiert war und insbesondere vom ÖGB mitgetragen wurden, sind sie ein Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Perspektive des ÖGBs.

Andererseits sind diese Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auch ein Indiz dafür, dass es der ÖGB-Spitze nicht mehr gelang, die kooperative Lohnpolitik – insbesondere soweit das externe Gleichgewicht ein Anliegen war – gegenüber den unteren Ebenen durchzusetzen (siehe die Unstimmigkeiten zwischen der Metallgewerkschaft und der Gewerkschaft der Privatangestellten in der Lohnrunde des Jahres 1981). Unter diesem Aspekt könnte man das Ende der kooperativen Lohnpolitik bereits in die zweite Hälfte der siebziger Jahre verlegen. Im Folgenden wird aber unterstellt, dass das Ziel der Vollbeschäftigung Vorrang hat und das Ende der kooperativen Lohnpolitik wird tentativ mit dem Jahr 1981 datiert.

Eine vertikale Phillips-Kurve in der ersten Periode

Starke Lohnflexibilität

Die erste Periode ist jene Periode, in welcher die Vollbeschäftigung erreicht und gehalten wurde. Für diese Periode ergibt sich eine sehr steile Phillips-Kurve: Starke Schwankungen des Lohnwachstums gehen einher mit geringfügigen Schwankungen der Arbeitslosenrate. Dies könnte derart interpretiert werden, dass geringe Schwankungen der Arbeitslosenrate sehr große Veränderung der Wachstumsrate der Löhne auslösen.

... oder Inflationsakzeleration

Angesichts der Steilheit der Kurve könnte die Phillips-Kurve in dieser Periode sogar als Beleg für die Existenz einer vertikalen Phillips-Kurve gelten, wie sie von jenen behauptet wird, welche einen langfristigen Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation überhaupt verneinen;

wenn nämlich die Arbeitslosenrate unter der 'natürlichen' Arbeitslosenrate liege, so wird behauptet, würde sich die Inflation von Jahr zu Jahr beschleunigen.

Diese These der Inflationsbeschleunigung impliziert, dass auf Lohnwachstumsraten jeweils höhere Lohnwachstumsraten folgen. Dies ist in der Tat seit 1969 der Fall. Seit 1969 beschleunigt sich das Lohnwachstum und erreicht nach einer kleinen nach unten gerichteten Zacke im Jahr 1974 im Jahr 1975 seinen Höhepunkt.

... oder Ergebnis wirtschaftspolitischer Eingriffe?

Der weitere Ablauf widerspricht allerdings dem Akzelerationsszenario: Mit 1976 setzt – bei gleichbleibender Arbeitslosenrate – eine Verlangsamung ein, die bis zum Jahr 1980 anhält. Diese Umkehrung der Beschleunigung kann als Hinweis dafür dienen, dass andere Faktoren, darunter freilich vor allem wirtschaftspolitische Eingriffe, die Lohnentwicklung bestimmten.

Flache Phillips-Kurve in der zweiten Periode

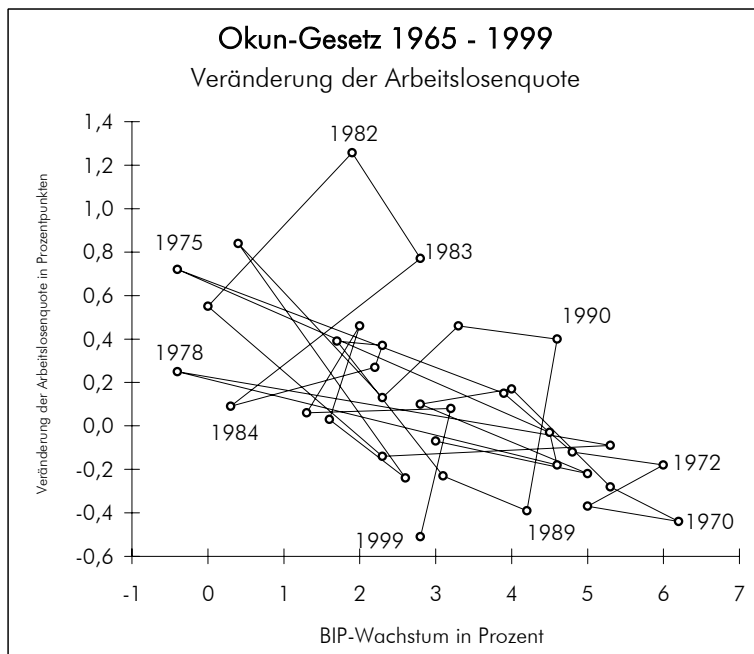
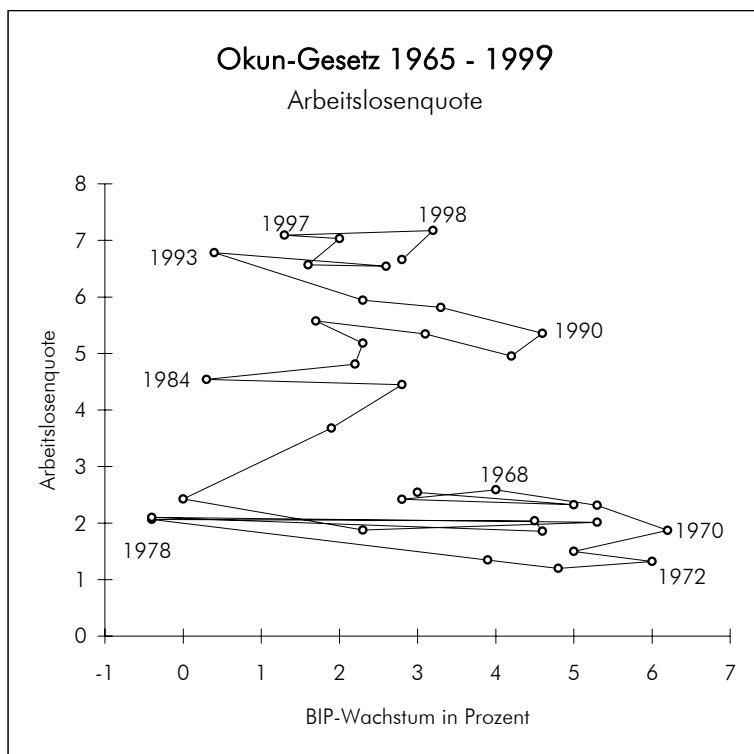
In der zweiten Periode hingegen, die etwa für die Jahre 1981 bis 1999 angesetzt werden kann, ist die Reaktion des Lohnwachstums auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt schwächer. Der Unterschied zwischen den beiden Zeiträumen legt die Vermutung nahe, dass die in manchen Studien behauptete starke Reaktion der Lohninflation auf die Arbeitslosigkeit in erster Linie auf die Konstellation in der ersten Periode zurückgeht.

Eine andere Deutung der vertikalen Kurve

Wenn man allerdings die vom ÖGB erklärte Politik der Lohnzurückhaltung zum Nennwert nimmt und nicht als bloße Zielvorstellung, die nicht umgesetzt wurde, abtut, könnte man die Konstellation zwischen Arbeitslosenrate und Lohninflation als den Ausdruck des Erfolges der Lohnpolitik des ÖGB sehen: Die Lohnerhöhungen sind so angelegt, dass (im Verein mit anderen Maßnahmen) die Vollbeschäftigung erreicht und dann bis etwa zu Anfang der achtziger Jahre erhalten werden konnte.

Die kräftigen Schwankungen des Lohnwachstums finden ihre Entsprechung in den starken Ausschlägen des BIP-Wachstums, ein weiteres Merkmal dieser Periode der Vollbeschäftigung. Siehe eine Variante des Okun-Gesetzes in Abbildung 3 (hier Beziehung zwischen BIP-Wachstum und Arbeitslosenrate bzw. BIP-Wachstum und Änderung der Arbeitslosenrate). Bei nahezu gleichbleibender Arbeitslosigkeit ergibt sich zwischen BIP-Wachstum und Arbeitslosigkeit keine Korrelation, ein Befund der freilich mit der Ausrichtung des Lohnwachstums an der Produktivität vereinbar ist.

Abbildung 3: Okun-Gesetz



Die zeitliche Geltung der Politik der Lohnzurückhaltung

Die Jahre der Hochkonjunktur

Ende der sechziger Jahre, als die Vollbeschäftigung bereits erreicht war, fand die Vorstellung einer zurückhaltenden Lohnpolitik in der *Benyaformel* ihren Ausdruck: angesichts der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der Erfahrungen des vergangenen Jahrzehntes sei weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 5% bis 5,5% möglich; damit sei im längerfristigen Schnitt eine Erhöhung der Reallöhne um etwa 3% pro Jahr erreichbar. Diese Marke wurde auf Grund des günstigen Arbeitsmarktes freilich weit überschritten (positive Lohndrift); die Lohnrichtlinie illustriert jedoch das Bemühen von Seiten der Gewerkschaftsspitze, die Konjunktur nicht durch exzessiv hohe Lohnforderungen abzuwürgen.

Dennoch bewirkte die anhaltende Hochkonjunktur, die durch die Abwertung des Schillings gegenüber der DM noch zusätzlich angeheizt wurde, eine Beschleunigung der Lohn- und Preisinflation, eine Situation also, die angesichts der stark positiven Lohndrift von den Gewerkschaften kaum mehr kontrolliert werden konnte. Schon hier ergeben sich also Zweifel, ob die Politik der Lohnmäßigung von Erfolg begleitet war, insbesondere wenn die Jahre 1974 und 1975, Jahre besonders kräftiger Lohnsteigerungen, einbezogen werden.

Die Rezession 1974/75 und die Jahre danach

In den Folgejahren, als die Rezession zu wirken begann, finden sich wieder Belege für die These der Politik der Lohnmäßigung. Die Inflation verlangsamte sich rascher als in vielen OECD Staaten. Dazu dürfte ein zügiger Abbau der Lohnzuwachsrate, nachdem sich das Ausmaß der Rezession herausgestellt hatte, erheblich beigetragen haben (*Pollan*, 1984). Damit gelang es auch, anders als in anderen Ländern, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in sehr engen Grenzen zu halten. Freilich spielte hier auch eine andere wirtschaftspolitische Maßnahme eine bedeutende Rolle: die Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte, ein Punkt, der später erörtert wird.

So rasch die Reduktion der Tariflohnabschlüsse (dazu kam eine negative Lohndrift) auch war, so war sie doch nicht ausreichend. Die Verlangsamung des Lohnwachstums konnte die 'Lohnexplosion' des Jahres 1975, die im Verein mit hohen Lohnkostensteigerungen in den vorgehenden Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erheblich beeinträchtigt hatte, nicht wettmachen.

Lohnpolitik und Wettbewerbsfähigkeit

Ende 1982 stellte sich die Entwicklung der Arbeitskosten in der Zeit seit 1973 laut Guger (1983) folgendermaßen dar:

Gesamtkosten der Arbeiterstunde in der Industrie:

	Arbeitskosten	Produktivität	Lohnstückkosten		Arbeitskosten	Produktivität	Lohnstückkosten
1973/1977	13,1	5,5	7,2	1977/1981	7,0	4,3	2,6
BRD	9,2	5,0	4,0		6,5	3,1	3,3
Handelspartner	9,1	-	5,2		8,9	-	5,7

In den Jahren 1973/1977 wies Österreich die höchsten Steigerungsraten der Arbeitskosten auf; nur in Belgien und Norwegen waren die Zuwachsraten höher.

Der Abstand von 4 Prozentpunkten, der sich in diesen Jahren auftat, wurde in den Folgejahren nicht mehr wettgemacht. Es ist zwar richtig, dass in den Jahren nach der ersten Erdölkrise die Inflationsrate in Österreich, und zwar auch mit Hilfe der Hartwährungspolitik, schneller als in einigen anderen OECD-Ländern verringert wurde, worauf es bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (und damit der Vollbeschäftigung) ankommt, ist jedoch nicht die Steigerungsrate der Endverbraucherpreise sondern die Steigerungsrate der Arbeitskosten im Vergleich mit anderen Ländern. Die Akzeptanz, ja sogar Unterstützung der Hartwährungspolitik durch den ÖGB kann als Verdienst des ÖGBs gewertet werden, die Entwicklung der Lohnkosten war jedoch nicht geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Dieser Vergleich bezieht sich auf die Arbeitskosten und nicht auf die Lohnstückkosten, eine Kennziffer, die auch die Entwicklung der Produktivität berücksichtigt. Wenn die Entwicklung der Produktivität in die Berechnung einbezogen wird, sieht die Lage wesentlich besser aus. Da aber das Produktivitätswachstum selbst eine endogene Variable ist (Pollan, 1999), stellt die Variable 'Lohnstückkosten' die Entwicklung in den Jahren 1973/1977 zu günstig dar und überzeichnet die Verbesserung in den Jahren 1977/1981.

Wieweit die Entwicklung Lohnstückkosten den Verlauf der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu günstig darstellt, braucht im einzelnen nicht diskutiert werden; fest steht jedenfalls, dass die Leistungsbilanzungleichgewichte nach 1975 bedrohliche Ausmaße annahmen und scharfe Korrekturen erforderten. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik berücksichtigte mit der zunehmenden Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft auch das externe Gleichgewicht. Offenbar war aber diese Orientierung, aus welchen Gründen immer, nicht ausreichend, um das Leistungsbilanzgleichgewicht zu erhalten oder wieder herzustellen.

Ergebnisse der Lohngleichungen

Zeitraum 1965-1999: Lohninflation ohne Korrektur für Arbeitszeitverkürzungen

Für die gesamte Periode ergibt sich in einer einfachen Phillips-Kurve eine signifikante Beziehung zwischen der Arbeitslosenrate und dem Lohnwachstum, wobei mehr als die Hälfte der Varianz erklärt wird. Die Reaktion des Lohnwachstums auf die Arbeitslosenrate ist allerdings eher schwach: eine Erhöhung der Arbeitslosenrate um 1 Prozentpunkt bewirkt eine Verlangsamung der Lohninflation um 1,3 Prozentpunkte.

Ob die Arbeitslosenrate in linearer oder inverser Form, gleichzeitig oder um ein Jahr verzögert in die Gleichung eingeht, ergibt kaum einen Unterschied. Dies ist ein Befund, der sich durch alle Gleichungen zieht. Der Umstand, dass sich die Lohninflation bei sehr niedriger Arbeitslosigkeit kaum stärker als bei hohen Arbeitslosenraten beschleunigt, also nur schwach konvex zum Ursprung ist, könnte mit den Schwankungen in der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte seit den sechziger Jahren zusammenhängen⁵⁾.

Die Einbeziehung der Inflationsrate (verzögert um ein Jahr) verbessert den Fit nur mäßig, lässt allerdings den Koeffizienten der Arbeitslosenrate stark fallen. Die Einführung des verzögerten BIP-Wachstums oder der Prognose des BIP-Wachstums vom Herbst des Vorjahres ergibt eine statistisch bedeutend bessere Gleichung. Die Koeffizienten der Inflationsrate und der Wachstumsvariablen rücken in die Nähe von 1, der Koeffizient der Arbeitslosenrate allerdings sinkt gegen Null.

Übersichten 1 bis 6: Lohngleichungen

(In den Übersichten sind die Konstanten der Lohngleichungen nicht angegeben.)

⁵⁾ Ein ähnliches Phänomen zeigt sich auch in der Beveridge-Kurve: eine eher lineare als konvexe Beziehung zwischen Arbeitslosenrate und der Rate der offenen Stellen.

Übersicht 1: Lohngleichungen

Zeitraum: 1965-1999

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.		R ² adj. D-W
13,62 6,9						0,58 1,7
	14,46 7,8					0,64 1,5
4,65 1,8		0,88 4,1	0,76 3,3			0,72 2,1
5,66 2,3		0,71 3,5		1,02 3,1		0,72 2,1
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	Abh(-1)	R ² adj. D-W
-1,29 -6,3						0,53 1,4
	-1,33 -6,5					0,55 1,2
-0,94 -3,9		0,58 2,4				0,59 1,4
-0,35 -1,4		0,92 4,1	0,86 3,9			0,71 2,0
	-0,37 -1,3	0,89 3,6	0,87 4,0			0,71 2,0
-0,47 -1,9		0,72 3,4		1,16 3,7		0,70 2,0
-0,31 -1,1		0,86 3,2	0,84 3,7		0,07 0,4	0,71 2,2

Übersicht 2: Lohngleichungen

Zeitraum: 1965-1999

Korrektur für Arbeitszeitverkürzungen

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.		R ² adj. D-W
12,04						0,65
7,9						1,4
	12,37					0,66
	8,2					1,4
9,38		0,47				0,71
5,6		2,8				1,5
4,79		0,71	0,61			0,78
2,5		4,5	3,6			2,0
5,39		0,58		0,87		0,79
3,0		4,0		3,6		2,0
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	Abh(-1)	R ² adj. D-W
-1,13						0,59
-7,0						1,2
	-1,17					0,60
	-7,2					1,1
-0,35		0,76	0,71			0,77
-1,8		4,5	4,3			2,0
	-0,49	0,53		1,04		0,77
	-2,5	3,1		4,6		1,9
-0,25		0,62	0,68		0,16	0,77
-1,3		3,1	4,1		1,4	2,4

Übersicht 3: Lohngleichungen
Zeitraum: 1965-1969 und 1978-1999

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	R ² adj. D-W
8,50					0,29
3,4					0,9
	8,50				0,32
	3,7				0,8
2,87		0,62	0,57		0,49
1,1		2,8	2,9		1,7
	3,61	0,51		0,95	0,58
	1,5	2,4		3,9	1,7
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	R ² adj. D-W
-0,70					0,41
-4,4					1,0
	-0,73				0,46
	-4,8				0,9
	-0,41	0,39	0,48		0,54
	-2,0	1,5	2,5		1,6
	-0,40	0,39		0,83	0,62
	-2,2	1,8		3,4	1,7

Übersicht 4: Lohngleichungen

Zeitraum: 1965-1981

Korrektur für Arbeitszeitverkürzung

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.		R ² adj. D-W
11,19 2,7						0,28 1,6
	11,36 2,8					0,30 1,5
9,28 2,3		0,51 1,9				0,38 1,6
5,61 1,3		0,70 2,5	0,52 1,8			0,47 2,0
	3,37 0,6	0,67 1,8	0,62 2,0			0,41 2,0
5,07 1,3		0,68 2,8		0,96 2,5		0,55 2,0
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	Abh(-1)	R ² adj. D-W
-3,16 -2,3						0,21 1,5
	-3,18 -2,4					0,23 1,3
-1,26 -0,9		0,73 2,6	0,59 2,0			0,43 2,0
-1,13 -0,9		0,70 2,8		1,04 2,6		0,52 2,0
		0,79 3,3		1,19 3,3		0,52 1,8
		0,64 2,1		1,14 3,1	0,12 0,7	0,50 2,0

Übersicht 5: Lohngleichungen

Zeitraum: 1965-1981

Korrektur für Arbeitszeitverkürzung

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.		R ² adj. D-W
11,96 2,1						0,17 1,8
	14,44 2,7					0,28 1,6
9,38 1,7		0,69 1,8				0,27 1,9
4,32 0,7		0,94 2,4	0,72 1,8			0,37 2,1
	4,75 0,6	0,81 1,6	0,74 1,8			0,36 2,0
4,11 0,73		0,90 2,5		1,20 2,1		0,41 2,2
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	Abh(-1)	R ² adj. D-W
-3,62 -2,0						0,15 1,7
	-4,11 -2,4					0,23 1,5
-1,17 -0,6		0,95 2,4	0,75 1,9			0,36 2,1
-1,12 -0,6		0,90 2,4		1,24 2,2		0,41 2,1
		0,99 3,0		1,39 2,8		0,44 2,0
		1,01 2,3		1,39 2,4	-0,02 -0,1	0,39 1,9

Übersicht 6: Lohngleichungen

Zeitraum: 1981-1999

1/U	1/U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.		R ² adj. D-W
16,34						0,39
3,5						1,0
	10,94					0,43
	3,8					0,9
	6,60	0,34				0,45
	1,5	1,3				1,0
	3,61	0,70	0,81			0,76
	1,2	3,7	4,8			1,7
	10,0	0,25		0,82		0,59
	2,5	1,1		2,6		1,5
U	U(-1)	VPI(-1)	BIP(-1)	BIP-Prog.	Abh(-1)	R ² adj. D-W
-0,87						0,44
-3,9						1,1
	-0,83					0,57
	-4,9					1,1
	-0,71	0,14				0,55
	-2,5	0,5				1,1
	-0,35	0,60	0,75			0,78
	-1,6	2,9	4,3			1,7
	-0,85	0,10		0,76		0,68
	-3,5	0,5		2,8		1,6

Zeitraum 1965-1999: Mit Korrektur für Arbeitszeitverkürzung

Hier ergeben sich ähnliche Resultate; der Fit ist etwas besser; die Koeffizienten der Inflationsrate und der Wachstumsvariablen sind allerdings etwas geringer⁴⁾.

Zeitraum 1965-1969, 1978-1999

Dieser Zeitraum schließt jene Jahre von der Stützperiode aus, welche die höchsten Lohnwachstumsraten ausweisen; dies sind auch jene Jahre, in denen sich die Lohninflation ebenso wie die Preisinflation rasch beschleunigte und dann rasch verlangsamte. Die Koeffizienten aller Variablen sind nun erheblich kleiner. Am stärksten ausgeprägt sind freilich die Änderungen der Inflationsrate; die Koeffizienten liegen nun weit unter dem Wert von 1; von einer Inflationsabgeltung kann laut diesen Gleichungen keine Rede mehr sein. Der Ausschluss der Jahre hohen Lohnwachstums verringert die Anpassung der Gleichungen erheblich.

Aufteilung in zwei Perioden: 1965-1981 und 1981-1999

Diese Periode umfasst im Wesentlichen die Periode der vertikalen Phillips-Kurve. Dementsprechend ist der Fit in der Beziehung: 'Arbeitslosenrate und Lohninflation' eher schlecht. Die Arbeitslosenrate in inverser Form ergibt eine etwas bessere Anpassung als in linearer Form.

Die Einbeziehung der Inflationsrate erhöht den Erklärungsgrad nur wenig. Erst wenn die BIP-Variablen in die Gleichung eingeführt werden, erhöht sich der Determinationskoeffizient. Der im allgemeinen niedrige Determinationskoeffizient sowie der Umstand, dass der Einfluss der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt (in der Form der Arbeitslosenrate) eher gering ist, legt die Interpretation nahe, dass marktwirtschaftliche Einflüsse kaum eine Rolle spielen.

Dagegen dürften wirtschaftspolitische Eingriffe – dazu gehört freilich vor allem die Lohnpolitik des ÖGB – eine bedeutende Rolle gespielt haben. Dafür spricht die große Bedeutung der verzögerten Wachstumsrate des BIP und – noch stärker – der BIP-Prognose: Beide Variablen können ja als Erwartungswerte interpretiert werden, die in die Kalkulation jener Lohnwachstumsrate eingehen, die aus der Sicht des ÖGB für die Gesamtwirtschaft tragbar ist.

Diese Aussagen gelten, gleichgültig ob die Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt wird oder nicht. Ein Unterschied lässt sich aber zwischen den beiden Varianten herauslesen: Der bessere Fit für die Gleichungen mit Korrektur für die Arbeitszeitverkürzung legt doch nahe, dass die Arbeitszeitverkürzung zum Teil eine Maßnahme war, die von außen vorgegeben wurde.

⁴⁾ Wenn für die Arbeitszeitverkürzungen Dummy-Variablen in die Gleichungen eingeführt werden (nicht in den Tabellen angeführt), ergeben sich Koeffizienten, die weit über dem Wert von 1 liegen; dies deshalb, weil diese Arbeitszeitverkürzungen in die Zeit sehr hoher Lohnsteigerungen und (mit Ausnahme des Jahres 1975) in die Zeit der Hochkonjunktur fallen.

Für die zweite Periode, die Jahre 1981 bis 1999, wird ein bedeutend höherer Teil der Varianz der Lohninflation im Rahmen einer Phillips-Kurve erklärt. Eine Gleichung, in welcher allein die Arbeitslosenrate als erklärende Variable (in linearer Form) auftritt, weist einen Determinationskoeffizient von 0,44 (Arbeitslosenrate verzögert um 1 Jahr: 0,57) auf. Die Hinzufügung der Inflationsrate bietet nur einen geringen Erklärungswert. Erst die Einführung der BIP-Variablen hebt den Determinationskoeffizienten erheblich an.

Der Umstand, dass das prognostizierte Wirtschaftswachstum – eine Variable, die eher in einen Ansatz passt, welcher der gewerkschaftlichen Lohnpolitik entspricht – weniger zur Erklärung beiträgt als das (verzögerte) tatsächliche Wirtschaftswachstum, spricht ebenso wie die untergeordnete Bedeutung der Inflationsrate dafür, die Phillips-Kurve mehr als in der ersten Periode als Ausfluss des marktwirtschaftlichen Geschehens und weniger als Ausdruck des Wirkens der kooperativen Lohnpolitik zu deuten. In diese Richtung weist auch die Beobachtung, dass die Rate der Überzahlung (prozentueller Abstand zwischen Effektivlöhnen und Tariflöhnen), die im Jahre 1981 einen Höhepunkt erreicht hatte, seither unaufhörlich zurückging. In anderen Worten: Die Lohndrift war negativ – die Steigerung der Effektivlöhne blieb hinter der Steigerung der Tariflöhne zurück.

Wenn die abhängige Variable (in der Übersicht als Abh(-1) bezeichnet) in die Gleichung eingeführt wird, verbessert sich der Fit der Gleichung nur marginal, am ehesten noch in der zweiten Periode. Dem Element der Trägheit, das in anderen Volkswirtschaften eine große Rolle spielt, dürfte also in der Lohnbildung in Österreich kaum Bedeutung zukommen.

Einige offene Fragen

Nach der Rezession der Jahre 1974/75 und der doch recht erfolgreichen Verlangsamung der Inflation in den Folgejahren in Österreich wurde des Öfteren die Frage aufgeworfen, wie lange der ÖGB diese Politik der Lohnmäßigung durchhalten könne.

Die vorliegende Arbeit lässt den vorläufigen Schluss zu, dass diese wirtschaftspolitische Maßnahme Ende der siebziger Jahre auslief⁷⁾. Wenn diese Beurteilung zutrifft, bedeutet es, dass es nicht mehr zulässig ist, zur Beantwortung von Fragen, welche die Lohnentwicklung aber wohl auch die Preisentwicklung betreffen, ohne weiteres den Zeitraum vor Beginn der achtziger Jahre heran zu ziehen. Genauer: Wenn eine wirtschaftspolitische Maßnahme nur in einer Periode gilt, aber nicht in einer anderen, muss dieser Umstand in ökonometrischen Arbeiten berücksichtigt werden.

Wenn es aber so ist, dass die Politik der Lohnmäßigung mit den siebziger Jahren zu Ende ging, erhebt sich die Frage nach dem Grund dieses Bruches. Dies ist freilich außerhalb der Möglichkeiten dieses Forschungsprojektes. Zwei Erklärungen bieten sich jedoch an:

⁷⁾ Auch die Verschiebung in der Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und der Zahl der offenen Stellen zu Beginn der achtziger Jahre weist auf einen Bruch hin; freilich müsste noch geklärt werden, wie dieser Bruch mit der Zäsur in der Lohnentwicklung zusammenhängt.

Eine Erklärung stellt darauf ab, dass es der ÖGB-Spitze immer schwieriger wurde, seine gesamtwirtschaftlichen Vorstellungen gegenüber den Einzelgewerkschaften und den Betriebsräten in gewissen Bereichen durchzusetzen. Der ÖGB sah sich daher veranlasst, gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern neue Wege zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu gehen. Diese Wege führten von der Lohnzurückhaltung weg und waren daher bei den Arbeitnehmern wesentlich leichter argumentierbar.

Eine andere Erklärung für den Wechsel könnte darin bestehen, dass die Vorstellungen, die der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zu Grunde liegen, nämlich die Akzeptanz einer kausalen Beziehung zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung (und Investitionen) allmählich aufgegeben wurden; ein Indiz dafür ist, dass sich in den letzten 20 Jahren von Seiten der Gewerkschaften Aussagen häuften, welche die positiven Wirkungen von Lohnerhöhungen über eine Stärkung der Massenkaufrkraft auf das Beschäftigungsniveau in den Vordergrund rückten.

Wie immer diese Fragen beantwortet werden, in den achtziger Jahren wurden neue Strategien der Vollbeschäftigung verfolgt. Diese bestanden im Wesentlichen in der Einschränkung des Angebotes an Arbeitskräften, mit dem Ziel, den Arbeitsmarkt zu entlasten⁸⁾.

Andere wirtschaftspolitische Eingriffe

Preispolitik

Lohn- und Preisstopps

Die Wirtschaftspolitiker – Regierung und Sozialpartner – verwendeten eine Vielfalt von Instrumenten zur Bekämpfung der Inflation. Ein Instrument, das von Zeit zu Zeit eingesetzt wurde, war die Vereinbarung von Preis- und Lohnstopps zwischen den Sozialpartnern. Diese Preis- und Lohnstopps wurden allerdings in der Regel nur in der Form von Lohnstopps oder Lohnpausen wirksam (*Pollan, 1992*). In solchen Fällen folgte also auf eine Periode hoher Preisinflation eine Periode niedriger Lohninflation.

Sollte es zutreffen, dass die Arbeitnehmervertreter in Lohnverhandlungen eine zumindest teilweise Inflationsabgeltung erreichen und der für diese Lohnabgeltung relevante Wert die Inflation der Vorperiode ist, ergäbe eine ökonometrische Schätzung, welche nicht diese wirtschaftspolitischen Eingriffe berücksichtigt, eine Verzerrung des Koeffizienten der Lohnabgeltung nach Null oder sogar in den negativen Bereich.

⁸⁾ Freilich war die Steuerung des Arbeitskräfteangebotes über die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte ein bereits erprobtes Mittel. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zu Ende der sechziger Jahre und zu Anfang der siebziger Jahre war aber explizit als ein Mittel zur Dämpfung der Konjunkturspitzen argumentiert worden. Es war daher nur folgerichtig, dass in Zeiten der Rezession die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte rapide vermindert wurde. Insofern ist also die in den achtziger Jahren beginnende Beschränkung des heimischen Arbeitskräfteangebotes eine Neuerung.

So zeigte tatsächlich eine Schätzung des Lohnwachstums laut Netto-Tariflohnindex für den Zeitraum 1954-1968 einen negativen Koeffizienten (-0,44) für die verzögerte Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex. Für die Periode 1954-1961 wurde sogar ein Koeffizient von -0,98 geschätzt (Nowotny *et al.*, S. 129-132).

Man könnte vermuten, dass die Bedeutung dieser Art von Maßnahmen zur Dämpfung der Inflation in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren hat. Dennoch mögen die Schätzungen der Koeffizienten der Inflationsrate in den Lohngleichungen durch diese Eingriffe nach unten verzerrt sein.

Administrierte Preise

Ein vielleicht noch wichtigeres Instrument im Dienste der Inflationsbekämpfung war die Steuerung der Tarife und anderer administrierter Preise im Zeitablauf. Hier bestand die Absicht darin, diese Preise antizyklisch zu verändern. In Zeiten starken Preisauftriebs sollten die administrierten Preise schwächer, in Zeiten schwachen Preisauftriebs stärker angehoben werden. Freilich gelang es nicht immer, dieses Vorhaben umzusetzen. Manchmal fiel die Erhöhung von administrierten Preisen – da Erwägungen anderer Art Vorrang genossen – in die Zeit starken Preisauftriebs und verstärkte so den allgemeinen Preistrend.

Gegenläufige Entwicklung

Dennoch lässt sich zeigen, dass die Entwicklung der öffentlich beeinflussten Preise jener des allgemeinen Preistrends entgegengesetzt war (Pollan, 1978). In der Periode 1967-1971 war diese Tendenz besonders stark ausgeprägt. Im Zeitraum 1972-1976 wurden zwar die Preise einiger Waren und Dienstleistungen in der Gruppe der preisgeregelten Waren und Dienstleistungen etwa im Gleichschritt mit der übrigen Preisentwicklung angehoben, die Tendenz zur Gegenläufigkeit gilt aber auch für diese Periode in einem gewissen Maße, besonders für die preisgeregelten Dienstleistungen (Pollan, 1980, S. 191-193).

Auch im Vergleich mit der Lohnentwicklung ergibt sich eine gegenläufige Entwicklung. Während die Preisentwicklung der nicht preisgeregelten Dienstleistungen stark *positiv* – wie zu erwarten ist – von der Entwicklung der Löhne aus der selben Periode beeinflusst wird, ist die Lohnzuwachsrate mit der Zuwachsrate der Preise der preisgeregelten Dienstleistungen negativ korreliert; erst die verzögerte Lohnvariable hat den erwarteten positiven Koeffizienten (Pollan *et al.*, 1994, S. 20).

Der Umstand, dass die Preise von Waren und Dienstleistungen unter der Kontrolle der öffentlichen Hand zum Teil unabhängig von der sonstigen Preisentwicklung, zum Teil sogar gegenläufig dazu festgesetzt werden, erfordert eine gewisse Vorsicht in der Interpretation der Inflationsraten des Verbraucherpreisindex. Dies gilt insbesondere, wenn man Beziehungen zwischen dem Konjunkturverlauf und dem Preisauftrieb herstellt. Eine Vernachlässigung der Sonderentwicklung der öffentlich administrierten Preise kann leicht zu einer Fehleinschätzung der

kausalen Zusammenhänge zwischen der Inflation und ihren Bestimmungsgründen führen (Pollan, 1980, S. 192). Auf diese Probleme wurde bereits im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze im Jahr 1984 hingewiesen.

Ähnliches gilt in abgewandelter Form auch für die Beziehung zwischen Lohnsteigerungsraten und Inflationsraten. Im letzten Jahrzehnt, als mehr und mehr Waren und Dienstleistungen aus der Preisregelung ausgeschieden wurden, hat dieses Problem an Bedeutung verloren. Es taucht aber mit voller Schärfe wieder auf, wenn, wie es in Zeitreihenanalysen unvermeidlich ist, die Entwicklung in der Vergangenheit zur Schätzung von strukturellen Parametern herangezogen wird. Dabei ist die Problematik umso größer, je weiter die Stützperiode in die Vergangenheit zurückreicht.

Direkte Eingriffe in den Arbeitsmarkt

Neben den Eingriffen in den Preis- und Lohnbildungsprozess, die bereits behandelt wurden, gibt es auch Maßnahmen, die direkt in den Arbeitsmarkt eingreifen. Soweit es sich um Maßnahmen handelt, welche die Nachfrage nach Arbeitskräften, etwa durch fiskalische Maßnahmen, stimuliert, ergeben sich keine Probleme bei der Schätzung von Phillips-Kurven und der NAIRU. Diese Maßnahmen erhöhen die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt, welche wiederum in der Arbeitslosenrate ihren Niederschlag findet. Wieweit die Arbeitslosenrate ein guter Indikator für die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt ist, ist freilich eine andere Frage, die aber hier nicht aufgegriffen wird.

Soweit jedoch die Eingriffe die Angebotsseite betreffen, können sich durchaus Probleme bei der Schätzung von Lohngleichungen ergeben. In den vergangenen Jahren wurde durch eine Reihe von Maßnahmen das Angebot von Arbeitskräften beschränkt. Sie reichen von Programmen zur Frühpensionierung für einzelne Regionen und Branchen über die Erleichterung der Frühpension für Erwerbstätige im Allgemeinen bis zur Steuerung des Angebotes von ausländischen Arbeitskräften.

Um diesen Fragen gerecht zu werden, empfiehlt sich eine Unterscheidung in eine marktwirtschaftliche Interpretation und eine institutionelle Interpretation der Phillips-Kurve. In der marktwirtschaftlichen Interpretation wird die Höhe der Lohnsteigerung durch die Marktkräfte geregelt: Je höher die Anspannung – gemessen etwa durch die Arbeitslosenrate – desto stärker der Lohnauftrieb. Eine Beschränkung des Arbeitsangebotes – etwa indem ältere Arbeitslose in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden – entlastet den Arbeitsmarkt; in der Folge verstärkt sich der Lohnauftrieb, ein Phänomen, das gut durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit abgebildet werden kann⁹⁾.

⁹⁾ Diese Darstellung abstrahiert freilich von der Frage, ob ältere arbeitslose Arbeitskräfte denselben lohnmindernden Druck auf die Löhne ausüben wie jüngere Arbeitslose.

In der institutionellen Interpretation dagegen wird der Lohnauftrieb durch die Lohnpolitik der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen bestimmt, und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit mag eine andere Bedeutung haben. Wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt durch wirtschaftspolitische Eingriffe beschränkt und damit auch die Arbeitslosigkeit vermindert wird, mögen die für den Arbeitsmarkt relevanten Institutionen diese Maßnahmen in ihren Entscheidungen bezüglich des Lohnwachstums berücksichtigen und eben nicht die Arbeitslosigkeit als Maßstab für das Ausmaß der Lohnerhöhung nehmen. Wenn dies der Fall wäre, würde die Rate der Arbeitslosigkeit für die Entwicklung der Lohninflation an Bedeutung verlieren.

Die Steuerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte

In den vergangenen vier Jahrzehnten wies die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte starke Schwankungen auf. Dies wirft besonders schwerwiegende Probleme für die Schätzung von Lohngleichungen und der NAIRU auf.

Wenn die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte als eine exogene Variable angesehen werden kann, wenn also die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die auf dem österreichischen Arbeitsmarkt tätig sind ohne Bezug auf die Rate der Lohninflation oder Preisinflation schwankte, ergäbe sich kein Problem.

Wenn sich aber die wirtschaftspolitischen Instanzen die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften derart steuern, dass der Lohn- oder Preisauftrieb annähernd gleichgehalten wird, ergäbe sich das typische ökonometrische Problem, dass die Störglieder (gleichzeitig oder verzögert) mit der abhängigen Variablen korreliert sind, und die Schätzer verzerrt sind¹⁰⁾.

Rein empirisch ergibt sich das Rätsel, dass die Zuwanderung und Rückwanderung von ausländischen Arbeitskräften sich nicht in der Lohninflation nachweisen lässt. Allgemeiner ausgedrückt: Arbeitskräfteschocks hinterlassen im Lohnwachstum keine Spuren. Dieser Befund widerspricht jedoch sonstigen empirischen Resultaten als auch einer theoretischen Analyse. Hier gibt es eindeutige Aussagen: Ein Zustrom von Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt lässt (bei unverändertem Kapitalstock) die Löhne sinken (*Pollan, 2000*). Auch in der Entwicklung der relativen Löhne lässt sich der Effekt der Fluktuation der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte klar belegen.

¹⁰⁾ Zu überprüfen wäre freilich auch, ob nicht auch eine Ausrichtung der Ausländerpolitik nach der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt zu ähnlichen Problemen führen würde. Diese Problematik gilt auch, wenn eine marktwirtschaftliche Interpretation zutrifft.

Literaturhinweise

- Blanchard, O., Katz, L., "What do we know and do not know about the natural rate of unemployment", *Journal of Economic Perspectives*, 1997, 11(1).
- Blanchard, O., Wolfers, J., "Shocks and institutions and the rise of European unemployment. The aggregate evidence", *Economic Journal*, 2000, 110(1), S. 1-33.
- Breuss, F., "Gibt es eine stabile Phillips-Kurve in Österreich?", *WIFO-Monatsberichte*, 1980, 53(4).
- Crouch, C., "Conditions for Trade Union Wage Restraint", in Lindbergh, L., Maier, C. (eds.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation*, Washington: The Brookings Institution, 1985.
- Calmfors, L., "Centralisation of Wage Bargaining and Macroeconomic Performance – A survey", *OECD Economic Studies*, 1993, 21, S. 161-191.
- Friedman, M., "The Role of Monetary Policy", *American Economic Review*, April 1968, 58, S. 1-21.
- Garonna, P., Sica, F. G. M., "Intersectoral labour Reallocations and Flexibility Mechanisms in Post-War Italy", in Siebert, H. (Hrsg.), *Structural Change and Labor Market Flexibility. Experience in Selected OECD Economies*, Mohr Siebeck, Tübingen, 1997.
- Gordon, R. J., "The time-Varying NAIRU and its Implications for Economic Policy", *Journal of Economic Perspectives*, 1997, 11(1).
- Guger, A., "Die Arbeitskosten der verarbeitenden Industrie im internationalen Vergleich", *WIFO-Monatsberichte*, 1983, 56(1), S. 26-39.
- Guger, A., "Economic Policy and Social Democracy: The Austrian Experience", *Oxford Review of Economic Policy*, 1998, 14(1), S. 40-58.
- Hahn, F., Rünstler, G., "Potential-Output-Messung für Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 1996, 69(3), S. 223-234.
- Kienzl, H., "Gewerkschaftliche Lohnpolitik und Stabilität", in *Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft*, Festschrift für Eduard März, Europa-Verlag, Wien, 1973.
- Lange, P., "Unions, Workers and Wage Regulation: The Rational Bases of Consent", in Goldthorpe, J. (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Clarendon Press, Oxford, 1984.
- Layard, R., Nickell, S., Jackman, R., *Unemployment – Macroeconomic Performance and the labour market*. Oxford University Press, Oxford, 1991.
- McMorrow, K., Roeger, W., "Time-Varying Nairu/Nawru Estimates for the EU's Member States", *Economic Papers number 145*, September, European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, 2000.
- Nowotny, E., Rothschild, K., Schwödiauer, G., *Bestimmungsgründe der Lohnbewegung*, Springer Verlag, Wien–New York, 1972.
- Phelps, E., "Money-Wage Dynamics and Labor-Market Equilibrium", *Journal of Political Economy*, Juli/August 1968, 76, Part 2, S. 678-711.
- Pollan, W., "A Principal Components Analysis of the Consumer Price Index 1967 - 1976", *Empirica*, 1978, 1.
- Pollan, W., "Vielfältige Bewegung der Verbraucherpreise seit 1967", *WIFO-Monatsberichte*, 1980, 53(4), S. 179-193.
- Pollan, W., "Lohnpolitik und Einkommensverteilung", in Abele, H., Nowotny, E., Schleicher, St., Winckler, G. (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, 2. Auflage, Manz, Wien, 1984.
- Pollan, W., "Preisregelung in Österreich", *Wirtschaftspolitische Blätter*, Wien, 1992, 39(1), S. 33-44.
- Pollan, W., Marterbauer, M., Schnitzer, Y., Walterskirchen, E., *Inflationsbericht*, WIFO, Wien, 1994.

Pollan, W., Die Produktivität als Leitlinie für die Lohnpolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion, Studie im Auftrag des Jubiläumssfonds der Oesterreichischen Nationalbank, 1999.

Pollan, W., "Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung von Arbeitskräften. Ein Literaturüberblick", WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(2), S. 95-112.

Richardson, P., Boone, L., Giorno, C., Meacci, M., Rae, D., Turner, D., "The concept, policy use and measurement of structural unemployment: estimating a time varying NAIKU across 21 OECD countries", Economics Department Working Papers, OECD, Paris, 2000, (250).

Robinson, D., Suppanz, H., Prices and Incomes Policy. The Austrian Experiment, OECD, 1972.

Saint-Paul, G., "Labour Rigidities and the Performance of the French Economy", in Siebert, H. (Hrsg.), Structural Change and Labor Market Flexibility. Experience in Selected OECD Economies, Mohr Siebeck, Tübingen, 1997.

Seidel, H., "Löhne und Beschäftigung", Wirtschaftspolitische Blätter, 1985, 32(6), S. 564-573.

Solow, R. M., "Unemployment: Getting the Questions Right", *Economica*, 1991, 53, S23-S34.

Spitäller, E., "Commentary", in Arndt, S. W. (Hrsg.), The Political Economy of Austria, American Enterprise Institute of Public Policy Research, Washington and London, 1982.

Turner, D., Boone, L., Giorno, C., Meacci, M., Rae, D., Richardson, P., "Estimating the structural rate of unemployment for the OECD countries", OECD Economic Studies, 2001, II(33), S. 171-216.

© 2005 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 20,00 € • Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25709